

Bezugspreis:

Für den Monat November 400.— M.,
bestens zahlbar. Unter Kreuzband
für Deutschland, Danzig, Saar- und
Rheinprovinz sowie Ostpreußen und
Luxemburg 500.— M., für das übrige
Ausland 600.— M., Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Island, Finnland, Frank-
reich, Holland, Preußen, Luxemburg,
Oesterreich, Schweden, Schweiz,
Estland, Lettland und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Weltweit“ und der
Beilage „Siedlung und Kleinanzeigen“
erscheint wochentäglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 16. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polizeikonto: Berlin 375 26 — Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Kopierleistung
kostet 100.— M. Kollagezeit 600.— M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige
Wort 20.— M. (schlief zwei fertige
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
10.— M. Stellungs- und Schluß-
zeilenanzeigen das erste Wort
15.— M., jedes weitere Wort 12.— M.
Worte über 15 Buchstaben gehen
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Zelle 05.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Die Krise vor der Lösung.

Niemand konnte erwarten, daß das zurückgetretene Kabi-
nett binnen 24 Stunden durch ein neues ersetzt werden würde.
Der Reichspräsident, dem die schwierige Aufgabe der
Rekonstruktion oder der gänzlichen Neubildung obliegt, hat
im Laufe des gestrigen Tages zahlreiche Besprechungen ge-
habt, um sich über die gegebenen Möglichkeiten zu informie-
ren, er hat aber noch keine politische Persönlichkeit des
Reichskanzleramtes angeboten. Ein solcher Auftrag dürfte erst
im Laufe des heutigen oder des morgigen Tages erteilt wer-
den, ob er angenommen werden und zur Ausführung gelangen
wird, steht dahin. Man wird einige Tage Geduld haben
müssen, obgleich auch die Möglichkeit besteht, daß eine Lösung
mit überraschender Schnelligkeit gelingt.

An dem Rätekrise, wer die kommenden oder wieder-
kehrenden Männer sein werden, beabsichtigen wir uns nicht
zu beteiligen. In der bürgerlichen Presse werden folgende
„Kanzlerkandidaten“ genannt, die wir in alphabetischer
Reihenfolge wiedergeben: Adenauer, Gustav Bauer,
Otto Braun, Hieber, Löbe, Marg, Mayer-
Paris, Graf Verchenfeld und Wirth. Eine Unter-
suchung darüber, inwieweit diese bunte Reihe ernst zu nehmen
ist, ersparen wir uns. Es handelt sich um die gewohnte Nach-
richtenjagd und Stimmungsmache. Indes sei bemerkt, daß
der gestrige Zentrumsbeschluss der Berufung eines Zentrums-
mitgliedes zum Nachfolger Wirths im Wege zu stehen scheint.
Allerdings bestehen von diesem Beschluss zwei Fassungen.
In der einen, von der „Germania“ wiedergegebenen heißt es:
Die einstimmige Auffassung der Zentrumsfraktion geht dahin, daß
nach dieser innerpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zen-
trumsfraktion keinerlei Initiative bei der Neubildung
des Kabinetts zufällt.

Nach unserer gestrigen Meldung heißen die letzten Worte:
„... keinerlei Initiative bei der Bildung eines Kabinetts zu-
fällt, das nicht unter Führung Dr. Wirths steht.“
Doch ist der Text der „Germania“ natürlich als der authen-
tische zu betrachten.

Als mögliche Ressortminister des neuen Kabinetts nennt
die bürgerliche Presse Cuno (Auswärtiges), Hilferding
(Wiederaufbau), Dezer (Verkehr), Raumer für ver-
schiedene Posten, Stresemann für das neuzuschaffende
Amt eines sogenannten „Sprechministers“. Für den größten
Teil der Ressorts scheint die bürgerliche Presse keine neuen
Männer zu wissen, die geeignet wären, die alten zu ersetzen.

Die Presse der äußersten Rechten fährt fort, für ein Ka-
binett der bürgerlichen Mitte Stimmung zu machen, stößt aber bei dieser selbst anscheinend auf wenig
Gegenliebe. Weit mehr ergeht sich der kombinatorische Schar-
sinn in allen anderen denkbaren Lösungsmöglichkeiten.

Jedenfalls unterscheiden sich die gegenwärtige Krise von
vorangegangenen dadurch, daß sie nicht durch äußeren Druck
entstanden ist und daß nicht äußerer Druck auf ihre Lösung
drängt. Die Tatsache, daß sich alle Parteien des Reichstags
mit Ausnahme der deutschnationalen und der kommunistischen
zu den beiden letzten Notizen an die Reparations-
kommission bekannt haben, gibt eine gewisse Gewähr da-
für, daß der durch sie eingeschlagene Kurs weiter befolgt
werden wird. Man kann in diesem Sinne von einer „nor-
malen“ Regierungskrise reden, wie sie in allen Ländern von
Zeit zu Zeit vorkommen, und man darf die Hoffnung hegen,
daß sie auch nach den normalen Regeln des Parlamentarismus
eine baldige Lösung finden wird.

Ruhe im Rheinland.

Verhandlungen der Gewerkschaften.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen, die in Düsse-
ldorf von der Streikleitung der Gewerkschaften geführt wur-
den, lagen bis zum Redaktionsschluss keinerlei Meldungen vor.
Eine weitere Ausdehnung des Streiks hat nicht stattgefunden.
Es herrscht zurzeit auch überall Ruhe. Die Krawalle und
Streiks der letzten Tage sind eine erneute Mahnung an die
kommende Regierung. Sie entspringen der bitteren Not.
Mit Recht schreibt die Aachener „Freie Presse“:

„Es ist leicht, sich über „Wunderer“ zu entrüsten. Der Mut
zur Entrüstung schwindet aber, wenn man weiß, daß in Köln-Rail
und andernorts in dieser Woche Arbeiter, Familienväter, mit 2000
bis 4000 M. Lohn nach Hause gegangen sind. Sie verloren rund
1000 M. durch den Arbeiterlohn, der doch wahrlich in solcher
Zeit nicht durch Arbeiterruhe geleistet zu werden braucht, und nun
steht auch noch der „Kuftrag“ mit 1000 M. Lohnausfall bevor. Die
Arbeiter hatten ferner die Abzüge für Beileits und Kartoffeln zu
tragen. Man sage uns, was ein Mann mit vier Kindern mit
4000 M. oder gar 2000 M. anfangen soll, wenn das Pfund Schmalz
1400 M., die Margarine nahezu 1000 M. kostet. Hinzu tritt die
tägliche Aufregung durch unermüdete Klüßchen der bürgerlichen
Presse, die in den Großbetrieben mehr besprochen werden, als die
Berichterstattung dieser Klüßchen in ihren stillen Arbeitsstuben ahnen. Nichts
oder wenig liest man in diesen Zeitungen von Bücher und Steuer-
hinterziehung, desto mehr aber von der angebliehen Schuld des Ad-
ministrationsrates an den letzten Zuständen. „Arbeitet mehr!“ predigt
man den Arbeitern und veröffentlicht gleichzeitig Sekundannoncen von
größtem Ausmaß mit schonungslos aufreizenden Bildern, wie sie sich
früher nicht an die Dessenföhle gewagt hätten.“

Für niemand erwarten wir so große Gefahren aus diesen
Krawallen wie für die Arbeiterbewegung. Die Folgen der
maßlosen kommunistischen Agitation, die sich eifrig dieser Vor-
gänge annimmt, ist ein Anwachsen der faschistischen Kräfte
und eine lähmende der Arbeiterbewegung. Die „Rheinische
Reitung“ weist auf den stellenweise antisemitischen
Einschlag bei den Kölner Krawallen hin, was uns von Augen-
zeugen bestätigt wird. Sie schreibt:

Selonders kennzeichnend für den Charakter
der Tumulten ist der Umstand, daß vorwie-
gend an jüdischen Geschäften Schaufenster einge-
worfen worden sind. Ob hier nicht bereits deut-
sch-nationale Hehe im Stile der Kölner Versammlung
der Nationalsozialistischen Partei am Sonntag
ihre Wirkung getan hat?

Um so nachdrücklicher muß an die Reichsregierung, wie
auch an die Kommunen, deren Lebensmittelpolitik nur allzu
oft in Latenzlosigkeit besteht, die Mahnung gerichtet werden,
alles zu tun, um die Not der Massen zu lindern. Es bleibt
auch zu hoffen, daß es dem Eingreifen der Gewerkschaften
gelingt, den Unternehmern klarzumachen, daß die Industrie,
die ihre Preise durch Kartelldruck den Konsumenten diktiert
und sie den Weltmarktpreisen angleicht, verpflichtet ist, den
Arbeitnehmern Löhne zu zahlen, die eine halbwegs menschen-
würdige Existenz gewährleisten. Durch die provozierende

Form, in der belanglose Vorschüsse, die für unentbehrliche
Anschaffungen gebraucht werden, vom Lohn abgezogen wer-
den, trägt die Industrie einen großen Teil der Schuld an
diesen Vorgängen über den Verlauf des gestrigen Tages
liegen folgende Meldungen vor:

Düsseldorf, 15. November. (WIZ.) Der heutige Tag
verlieft ruhig. In einer Reihe von Betrieben ist die Arbeit wieder
aufgenommen. Während des ganzen Tages haben Verhandlungen
zwischen der Stadtverwaltung, den Arbeitgebern, den Streikenden
und den Gewerkschaften stattgefunden. Die Vertreter der Gewerks-
schaften gaben vor Schluss der Verhandlungen die Zusicherung, daß
sie alles tun werden, um die Wiederaufnahme der Arbeit für
Donnerstag früh zu erreichen. Die Arbeitgeber erklärten, daß keine
Nachregelungen vorgenommen würden.

Düsseldorf, 15. November. (CC.) Unter Vorsitz des Bär-
germeisters Schmed fanden heute neue Verhandlungen zwischen
den Arbeitgebern und den Gewerkschaften statt. Auf die Frage der
Arbeitgeber erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß sie sich nicht in
einem eigentlichen Streik befinden. Die Arbeitgeber verlangten von
den Gewerkschaften, sie sollten die Arbeiter zunächst auffordern, in
die Betriebe zurückzukehren. Eine Einigung wurde nicht erzielt.
Die Gewerkschaften erklärten, daß, wenn eine Einigung nicht zu-
stande käme, der Generalkonflikt beschlossen würde. Die Stadtver-
waltung hat sich zu einer weiteren Vermittlungsbemühung bereit
erklärt.

Köln, 15. November. (CC.) Die Rheinlandkommission er-
läßt anlässlich der Teuerungskrawalle in Köln eine Bekanntmachung,
in der sie darauf hinweist, daß die Rheinlandkommission nützlichsten
Verhandlungsvorbereitungen erlassen wird. Die Rheinlandkommission
spricht der Kölner Polizei zu ihrer Haltung bei den Unruhen ihren
Dank aus. Sie hofft, daß die besonnene Haltung der Kölner Be-
völkerung der Rheinlandkommission keinen Anlaß zur Anwendung
schärfster Maßnahmen geben wird.

Köln, 15. November. (CC.) Die Kölner Kommunisten hatten
sich an die Gewerkschaften gewandt, um anlässlich der gegenwärtigen
Lage eine Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Die Gewerks-
schaften haben durch den ADGB dieses Angebot der Kommunisten
abgelehnt. Die Lage in Köln hat sich beruhigt. Bisher sind keine
weiteren Ruhestörungen vorgekommen.

Gegen die Wiederaufbauprojekte. Senator Dubersac hielt
in Nancy einen Vortrag über die Besprechungen, die zu dem Ab-
kommen über die Lieferung der notwendigen Materialien zum
Wiederaufbau der zerstörten Gebiete geführt haben. Der ehe-
malige Bürgermeister von Nancy, Gustave Simon, der im
Namen der Lothringern Unternehmer sprach, protestierte gegen
den Zuschlag von 6 Prozent, den man Hugo Stinnes gewährt
hat, um seine Betriebskosten zu decken. Dubersac setzte auseinander,
daß dieser Zuschlag ein Kontrollmittel bilde.

Die „Medienburger Nachrichten“ verbieten. Die deutschnationalen
„Medienburger Nachrichten“ in Schwirin i. M. d. S. sind auf Grund
des Gesetzes zum Schutze der Republik für 10 Tage vom 15. bis ein-
schlußlich 25. November verboten, und zwar auf Grund des Ver-
ordnungs der Nr. 265 vom 15. November, in dem von dem Reichs-
kanzler als Josef dem Dritten und vom Neidrigsten aller Kanzler
gesprochen wird.

Abschied und Erwartung.

Zur innerpolitischen Krise.

Es gibt Leute, die noch immer meinen, die Krise der
Reichsregierung werde sich nach dem Vorbild der bekann-
ten Szene aus der Kinderstube entwickeln. Die
Rutler heben den Hut auf und erklären, bei so unartigen Kin-
dern könne sie nicht bleiben. Da fährt ein Schreck in die
Kleinen, sie klammern sich an den Rock und rufen: „Dableiben!
Dableiben!“ — So werden die Dinge nicht weitergehen, dazu
sind sie zu ernst. Herr Dr. Wirth könnte in diesem Augen-
blick nur als Besieger der Sozialdemokratie oder als Besiegter
wiederkehren, er ist sicherlich zu klug, um das eine oder das an-
dere zu wollen. Niemand soll sich daher in den Kopf setzen,
daß der nächste Reichskanzler Dr. Joseph Wirth heißen muß,
vom übernächsten zu sprechen, wird aber später einmal
Zeit sein.

Herrn Dr. Wirth sind zu seinem Abschied soviel Ruhmes-
kränze gewunden und, was vielleicht noch mehr für ihn
spricht — weil da gar kein bißchen Falschheit dabei ist —, von
keinen unverschämten Gegnern so viel Flüche nachgeschickt
worden, daß er jetzt nicht ohne Genugtuung auf seine vorläufig
abgeschlossene Kanzlerschaft zurückblicken kann. Mag er nun
als Parlamentarier sich selber wieder finden als der entschei-
dende Demokrat, der Apostel der Völkerveröhnung, der weim-
berzige Fürsprecher der Rotleidenden, als der er sich in seinen
besten Zeiten soviel Freunde auch außerhalb der Reihen seiner
eigenen Partei gewonnen hat. Es bleibt in der Geschichte
Deutschlands verzeichnet, daß er der erste bürgerliche Reichs-
kanzler war, der sich das Vertrauen weiter Kreise auch der
sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erwerben verstand.
Dieses Vertrauen ist im Augenblick erschüttert, aber nicht
unwiederherstellbar und verloren.

In der Presse dauert der unfruchtbare Streit über die
„Schuldfrage“ noch an, man möchte der Sozialdemokratie gern
eine neue Dolchstoßlegende anhängen. Dazu ist folgendes zu
sagen: Die Sozialdemokratie hat noch vor ihrer Einigung
in ihren beiden Teilen das Kabinett Wirth gestützt, in dem
einen durch direkte Beteiligung, in dem andern durch ein ent-
sprechendes parlamentarisches Verhalten. Durch die Einigung
wurde ihm eine feste Mehrheit auf dem Boden der alten Koali-
tion gesichert. Es war nicht die Sozialdemokratie, die durch
den Versuch, die parlamentarischen Grundlagen des Kabinetts,
kostete es was es wolle, zu ändern, seine Lebensmög-
lichkeit zerstörte. Die Sozialdemokratie hat nie einen
Zweifel daran gelassen, daß sie in diesem dringenden und schließ-
lich geradezu gewalttätigen Hineintragen eines neuen Faktors in
die Koalitionspolitik eine schwere Gefährdung jener Lebens-
möglichkeit erblickte. Sie hat gewarnt und gewarnt. Die bür-
gerlichen Parteien hörten aber nicht auf, nach der Taube der
großen Koalition zu jagen, bis der Sperling der alten
Koalition ihren Händen entflohen war.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, bricht jetzt,
da sie der Enttäuschung gewahr wird, in folgende bittere
Klage aus:

Die Krise . . . hätte vermieden werden können, denn eben-
so gut wie im sogenannten zweiten Ausschuss die Herren Raumer
und Hilferding sich weitgehend über ein Verfahrungsprogramm
einigen konnten, hätten sich die beiden Parteien verständigen müssen.
Wir waren tatsächlich auf dem besten Wege dazu, sowohl hin-
sichtlich der Fragen der inneren wie der äußeren Politik. In der
letzten Zeit hatte sich so etwas wie eine stille große Koali-
tion herangebildet. Bei allen wichtigeren Verhandlungen
war die Deutsche Volkspartei hinzugezogen und die Haltung der Re-
gierung war von ihr im wesentlichen gebilligt worden. Der Reichs-
kanzler Dr. Wirth hat gestern Abend noch gesagt, daß die letzte
Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission der Aus-
druck des politischen Willens der noch nicht vor-
handenen großen Koalition gewesen sei. In den
Grundfragen der Politik hatte also tatsächlich schon eine Annähe-
rung stattgefunden. Damit war aber zum Ausdruck gebracht, daß
sich die Parteien der nun vorläufig gescheiterten großen Koalition zu
den Grundzügen der bisherigen deutschen Politik bekannt hatten,
und es war weiter damit dokumentiert, daß eine andere Politik
eigentlich nicht gut möglich sei.

Wir können hier weiter nicht unteruchen, wie weit das
bekannte Stinnes-Programm und die Haltung der
„Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu diesen Versicherungen
paßt. Unterstellen wir die Behauptung der „Germania“ als
richtig, dann wäre ja die stille „große Koalition“ — mit
wieviel Gedankensvorbehalten der Volkspartei, bleibe wiederum
unerörtert — schon dagewesen. Die bürgerlichen Koalitions-
parteien hätten aber statt der „stillen“ durchaus die „laute“
große Koalition verlangt. Man kann schon sagen: die über-
laute. Denn mit soviel Tamtam und Paukenschlag ist wohl
noch nie ein politischer „Gedanke“ vertreten worden, wie jener
der sogenannten großen Koalition. Bis man schließlich zum
Angriff überging und der Sozialdemokratie die Pistole auf
die Brust setzte. Die sagte dann, was sie dazu noch immer, auch
vor der Einigung gesagt hatte — nämlich „Nein!“ Und
jetzt soll die „durch den Zug der Unabhängigen radikal-

sterte" Sozialdemokratische Partei durch ihre unversöhnliche Haltung den Sturz der Regierung herbeigeführt haben! Kein, das haben diejenigen getan, die die Wahrung des Reichskanzlers Dr. Wirth vergaßen, man sollte endlich einmal aufhören, mit Ultimaten zu arbeiten. Zu diesen Bergeßlichen zählt leider Dr. Wirth selbst.

Indes, wichtiger als die Frage, wer den alten Topf zerbrochen hat, ist die, wie ein neuer beschafft werden kann. Unter allen verständigen Politikern herrscht eine Meinung darüber, daß die letzte Tat der alten Regierung das Programm der neuen sein muß. Die alte Regierung hat in anderthalb Jahren die nötige Vorarbeit geleistet, um das Reparationsproblem zur Lösung reif zu machen. Sie hat zuletzt ein Programm für die Stabilisierung der Mark aufgestellt, das als Angebot an das Ausland hinausgegangen ist. Von diesem Programm kann keine nachfolgende Regierung loskommen. Die einzige Frage ist, ob sie so aussehen wird, daß man ihr glaubt, oder ob sie so aussehen wird, daß man ihr nicht glaubt. Eine Regierung, die von der Sozialdemokratie "beiseit", dafür aber mit Stimmes besetzt wäre, würde vergeblich gegen den Verdacht ankämpfen, daß ihre Lippen Worte sprechen, von denen ihr Herz nichts weiß. Sie hätte den Fluch der Halbheit zu tragen, und alles Mißtrauen, das aus ihm notwendigerweise entspringt.

Zugleich hat sich im Innern eine geschlossene Front von Arbeitern, Angestellten und Beamten gebildet, die geeint ist durch die Ueberzeugung, daß es ohne Festigung unserer Währung kein Herauskommen aus dem Sumpfe gibt. Jede Regierung muß dieser Ueberzeugung Rechnung tragen, und je aufrichtiger sie es tut, desto besser ist es für sie selbst wie für die Allgemeinheit. Dazu kommt, daß das neuerliche Umstürzen unterirdischer Verbindungen, erzwungen durch den Sieg des Faschismus in Italien, ein wachsendes Auge und eine feste Hand erfordern. Kein größeres Unglück könnte es geben, als wenn unter einer schwachen, zu Rücksichten auf die äußerste Rechte genötigten Regierung sich eine Bande krassester Abenteuerer der Deutschen Republik als leichter Beute bemächtigte.

Solche Erwägungen lassen für die Sozialdemokratie alle Gedanken, sich in diesem Sommer freiwillig auf das Altenteil der Opposition zurückzuziehen, als durchaus abwegig erscheinen. Ihrer Pflicht gegenüber den arbeitenden Massen bewußt, ist die Sozialdemokratie durchaus bereit, ihren Teil an der schweren Last der Verantwortung weiter zu tragen, — freilich nur unter der Bedingung, daß sie auch innerlich verantwortlich kann, was man ihr äußerlich zu verantworten zuzumutet. Zum Prügelknaben für eine wesentlich schwerindustriell und großkapitalistisch gerichtete Regierung kann und wird sie sich nicht hergeben.

Das törichte Gerede der Kommunisten kann sie nicht irremachen. Für die wird jedes Regierungsprogramm ein „Stimmesprogramm“, jede kommende Regierung eine „offene“ oder „verkappte Stimmesregierung“ sein. Das ist nun einmal das unermessliche Maß und Maß, mit dem der lahme Agitationschimmel weitergetrieben wird. Die „reine Arbeitserregung“ wird erst möglich sein, bis die Mehrheit der Bevölkerung für ein Programm der Arbeiterregierung gewonnen sein und sich kein Mensch mehr um die kommunistischen Zerplitterungsversuche kümmern wird. Früher nicht! Bis dahin wird die Sozialdemokratie nicht den bürgerlichen Parteien die Herrschaft über die arbeitenden Massen überlassen, wird sie keine Diktatur des Kapitals dulden, sondern nach dem Maß der gegebenen Kräfte Macht und Einfluß des arbeitenden Volkes auf die praktische Politik geltend machen. Sie kann sich aus gewonnenen Machtpositionen nicht verdrängen lassen, ohne die Absicht, sie aufs neue zu bestürmen und weitere zu erobern.

In diesem Sinne erwarten wir eine baldige Lösung der schwebenden Regierungskrise. Von den bürgerlichen Parteien wird es abhängen, ob diese Krise erst den Anfang der innerpolitischen Irrungen und Wirrungen oder ihr Ende bedeuten soll.

Englische Arbeiterpartei und Kriegsgefahr.

In die Rolle, die bürgerliche Politiker Englands der Haltung der englischen Arbeiterpartei im Hinblick auf einen Krieg in Vorderasien beimessen, gibt ein Brief einen interessanten Einblick, den Lord Loreburn kürzlich an den durch seine mutige Bekämpfung der Kriegsschuldfrage bekannten Politiker E. D. Morel geschickt hat, und den dieser in dem neuesten Heft der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Foreign Affairs“ abgedruckt. Lord Loreburn war Lordkanzler in der liberalen Regierung des Jahres 1906. Vorher nahm er die hohe Stellung eines Reichsanwalts und Reichskronanwalts ein. Der Brief lautet:

Die schwierige Lage, in der wir uns kürzlich am Bosporus und an den Dardanellen befanden, wird, wie ich glaube, der Deutlichkeit die Gefahr vor Augen geführt haben, der wir uns aussetzen, wenn wir unsere Politik und unsere Pläne weiterhin geheim halten. Es wird keine Hilfe von den Deutschen kommen, die sich noch liberale Führer nennen. Sie begannen dieses Geheimnis, ohne das der Krieg von 1914 niemals gekommen wäre. Wenn die Wähler genug sind, ihnen zu geben, was sie wünschen, nämlich die Macht, wiederum unsere Angelegenheiten zu führen, können wir innerhalb weniger Stunden erneut in den Krieg getrieben werden.

Nichts kann ermutigender sein, als die entschlossene Haltung, die die Parteiführer der Arbeiter angenommen haben. Man lasse die Wähler die gleiche Haltung einnehmen und sich weigern, weitere Kriege zu dulden, die durch die Dummheit unserer Herrschenden entstehen, und wir werden unseren Platz einnehmen als Führer des neuen Kreuzzuges gegen den verruchten und wahnwitzigen Krieg. Die Versicherung, daß die Arbeitervertreter nicht fähig wären, ein Ministerium zu bilden, ist ganz einfach unsinnig. Ramsay MacDonald, Snowden und Morel würden die Geschäfte mit mehr Entschlossenheit und gesundem Menschenverstand führen als unsere augenblicklichen Minister. Ich stimme mit einigen ihrer Auffassungen nicht überein, vor allen Dingen mit ihren Ansichten über die Verstaatlichung nicht. Aber die gegenwärtige Gefahr steht über dieser Politik. Wenn wir es zulassen, daß unsere Außenpolitik in Zukunft so verfahren wird, wie zuvor, dann wird bald recht wenig mehr zu verstaatlichen sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die feste Haltung, die die Arbeiterpartei einnahm, uns vor einem zerstörenden und endlosen Krieg bewahrt hat. ... Meine Gesundheit läßt es nicht zu, den Anteil an den schwierigen Aufgaben des Parlamentes zu nehmen, den ich mir wünsche. Aber wie unzulänglich meine Kräfte auch sind, ich kann mich nicht enthalten, ein nüchternes Bild der Folgen zu geben, die aus der Fortsetzung unserer gegenwärtigen Regierungsweise entspringen.

Unmögliche Forderungen.

Die Entente verlangt 50 000 Tonnen Kali.

Vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands wird uns geschrieben: Die Reparationskommission verlangt von Deutschland die Lieferung von 50 000 Tonnen (1 Million Zentner) Reparationskali. Woher die Reparationskommission zu einer derartigen Forderung die Begründung nimmt und wie überhaupt eine derartige Forderung begründet werden kann, ist uns zunächst ganz unverständlich. Die deutsche Kaliindustrie ist heute kaum imstande, die heimische Landwirtschaft mit Kali zu versorgen. Ein Mangel an Düngemitteln in Deutschland aber und eine damit verbundene Extensionierung der deutschen Landwirtschaft muß zu den furchterlichsten Folgen führen. Es muß also zunächst sehr genau geprüft werden, ob aus dem angeführten Grunde überhaupt Reparationskali geliefert werden kann. Ganz ausgeschlossen aber muß das sein, wenn die Kaliindustrie die genügenden Kohlenmengen nicht bekommt. Ob es möglich sein wird, der Kaliindustrie die nötigen Kohlenmengen zu liefern, hängt wiederum von der Reparationskommission ab. Bei den heutigen Reparationsforderungen erscheint diese Möglichkeit ausgeschlossen. Wir erwarten, daß die Regierung die Forderung der Reparationskommission

sehr sorgfältig prüft und nicht ohne die Zustimmung der Arbeiter entscheidet. Diese sind es letzten Endes, die als Produzenten und Konsumenten die Zeche zu zahlen haben werden.

Das Währungsproblem an der Saar.

Der Kongreß der freien Gewerkschaften des Saargebiets, der vor kurzem in Saarbrücken tagte, fordert einstimmig eine sofortige gesetzliche Regelung der Währungsfrage im Saargebiet durch die Einführung der allgemeinen Frankenwährung. Dieser Beschluß muß zunächst befreudend wirken, da die Einführung der Frankenwährung als allein gültiges Zahlungsmittel ein großer Schritt weiter auf dem Wege zur Verweissung des Saargebiets ist. Allein wie die Dinge im Saarland nun einmal liegen, ist es schwer, einen anderen Ausweg aus einer Notlage zu finden, die ihren Grund in der ungelösten Doppelwährung hat. Die Kursschwankungen und der Wertunterschied zwischen Frank und Mark haben zu unhaltbaren Verhältnissen geführt, die von den Urhebern des Saarstatuts sehr klar vorausgesehen werden mußten. Frankreich feiert damit einen ersten Erfolg, einen Erfolg allerdings, dem moralische oder geistige Werte nicht zugrunde liegen, sondern lediglich die nackte Gewalt. Hunger ist ein sehr bequemes Mittel, um zum Ziele zu gelangen. Aber auch die französische Saarverwaltung, für die der Völkerverbund kaum noch ein schädliches Mäntelchen ist, wird sich nicht der Illusion hingeben, daß die Hungerpeitsche Tatsachen auslöschen kann, die man in Paris und Genf so gerne verschweigen möchte: die Saarbevölkerung — an der Spitze die Arbeiterschaft — bleibt deutsch, mag man sie auch zwingen, sich vor dem Frank zu beugen, mag man ihre Petitionen wie einen Fegen Papier behandeln, mag man ihre Abordnungen ignorieren und mag man der saarländischen Volksvertretung, diesem Parlament der Stummen, den Mund verknebeln.

Die neue Wahlkreiseinteilung.

Berlin, 15. November. (M.) Dem Reichsrat ist der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Reichswahlgesetzes zugegangen. Der neue Entwurf beschränkt sich darauf, die ganz großen Wahlkreise in der Weise zu verkleinern, daß auf einen Wahlkreis durchschnittlich 1,5 Millionen Einwohner treffen. Allerdings mit Ausnahme von Berlin. Der Wahlkreis Berlin, der bisher die Wahlkreise 2 bis 4 (Berlin, Potsdam II, Potsdam I) umfaßte, soll künftig die Stadtgemeinde Berlin umfassen, während der dritte Wahlkreis, Potsdam, den Regierungsbezirk Potsdam umschließen soll.

Oberhausen mit 1 303 852 Einwohnern bleibt als eigener Wahlkreis bestehen. Die Wahlkreise Westfalen-Nord und Westfalen-Süd werden ebenfalls geteilt und zwar in den Wahlkreis 16 (Münster) und den Wahlkreis 17 (Münster), der den Regierungsbezirk Minden, den Kreis Grafschaft Schaumburg, Lippe und Schaumburg-Lippe umfassen soll. Der Wahlkreis Westfalen-Süd wird in die beiden Kreise 18 (Münster-West) und 19 (Münster-Ost) zerlegt; der Wahlkreis Hessen-Nassau in die Wahlkreise 20 (Kassel) und 21 (Regierungsbezirk Kassel und Waldeck) und 21 (Wiesbaden), umfassend den Regierungsbezirk Wiesbaden und den Kreis Besten. Das rechtsrheinische Bayern, das bisher in 3 Wahlkreise zerfiel, soll in 4 aufgeteilt werden. Der Entwurf schlägt vor, den Regierungsbezirk Oberbayern als selbständigen Wahlkreis zu gestalten; der Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz soll bleiben, dagegen soll der bisherige Wahlkreis Franken in 2 Wahlkreise, Mittelfranken-Schwaben und Ober- und Unterfranken, zerlegt werden. Die Einteilung der sächsischen Wahlkreise nach dem Landeswahlgesetz soll auch für die Reichswahlkreise übernommen werden. Die Nummerierung der Wahlkreise ist so geändert, daß sie mit der der Landtagswahlkreise im künftigen preussischen Wahlgesetz übereinstimmen. Auf diese Weise entstehen im ganzen statt bisher 35, künftig 38 Wahlkreise. Der Entwurf bringt auch die Abänderung einiger Vorschriften wahltechnischer Natur.

Ausschub der Verkehr-Reparationsberatungen. Die Reparationskommission sollte gestern morgen die Prüfung der deutschen Vorschläge für die Stabilisierung der Mark fortsetzen. Infolge des Rücktritts des Reichsbankpräsidenten wurden die Beratungen verschoben. Brodbeck ist nach London abgereist.

Programm-Stil.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Nicht die Musik, aber der Berliner Betrieb und Betrieb der Konzerte kommt auf den Hund; in der gleichen Zeit, in der die Wau- wau und Kellens ausverkauft Häuser machen. Nicht lange, und die ständigen Freiweltler erhalten einen Zuschuß, wenn sie weitere Opfer bringen. Die Konzertierenden reizen durch besondere Programme. Und das ist ein Fortschritt, den das Land, eine Tugend, die die Not geschaffen hat. Es zieht die abvergessenen, es ziehen die neugierigen und die egoistischen Werke und auch der reine Geschmack, der sich in ein Programm bemüht, wird fröhlich an. Je größer die Konkurrenz, um so schöner die Sehnsucht des Konzertgäblers nach Reiz, Zugkraft, vornehmster Sensation des Vorgetragenen. So soll es auch Herrn Abendroth gedankt sein, daß er Wählers dritte Sinfonie, die in der Staatsoper 12 Jahre schlief, mit dem besten Berliner Orchester wieder aufweckt. Wer das an dieser Stelle unternimmt, wer an solch edlem Material sich erprobt, hat, so er um das Werk Bescheid weiß, technisch wenig Sorge. Einzig die geistige Verantwortung, das künstlerisch-Eigenartige, das Seelenhafte dieser Musik heißt es zur Diskussion stellen. Hier beginnt schon der Zweifel, selbst bei einer dirigiertechisch guten Haltung Abendroths. Man ist im unklaren darüber, was studiert war, was dem Zufall überantwortet ist. Oft ist er selber in der Handbewegung erstarrt, ein anderer gibt das Zeichen, ein anderer antwortet ihm. Das Polthorn bläht höchst sentimental, die Bräutchen schmelzen unheimlich, höchst noble Trompeten und Bassen geben nicht nur Edelklang her, Celli spielen über eine aufgeborende Phrase vorwaschen hin. Diese Kapelle kann das alles, aber es kommt als Zufallsstreifer heraus, nicht mehr im Vollgefühl absolutester Sicherheit. Rhythmische Widern und melodische Ebenheiten gelingen vorzüglich, und der große Marsch hat etwas Dürer-Misturisches. Ein Geroddeus-Dirigent, ein Musiker, der durchaus natürlich sein will, dessen Natur aber nicht vollzogen ist von Welt und Leben, Hercules, um die Sinfonie birgt, macht er sich zu eigen, aber die Unerschlossenheit, das Schwanfende, das Jermüßliche, die schwebende Stimmung, die Mißempfindung ist nicht gestillt, sondern aus Ueberrumpelung angebeutet: Abendroth ist ein noch unfertiger Dirigent. Sich so zu wandeln, daß er die Partitur im Kopf, nicht den Kopf in der Partitur hat: schönes und mögliches Ziel. Aber das Podium der Oper ist nicht der Ort dafür.

Von Emil Bohlen sind vor Besonderheiten des Programms gewöhnt. Diesmal brachte er die erste, schon 20jährige Sinfonie Mozarts als Reizmittel. Mendelssohns Run-Bias-Ouverture leitete als Verlebensnummer schwunvoll ein. Dann spielte Frau Burmeister-Waggs Schumanns Klavierkonzert. Der Eindruck blieb geteilt. Anmut und weiches Verweilen in versenktem Gesang, Präzision der Finger und rhythmische Sicherheit sind die Vorzüge. Dem steten Verschwommenheiten und ein gewisses Nichts-lagen der Hände, auch eine Starre des Tons gegenüber. Singt die Pianistin eine Partie schön und voll, so verliert sie sich dann leicht in ein summes Begleitpiel. Es ist sozusagen ein künstlerisches

Erleben in Etappen. Und diesen Erlebnisstufen folgt die Technik, dem Spiel und der Erde zu. Wenn der Ausgleich kommt, haben wir eine sehr tüchtige Könnern mehr.

Ein wunderschönes Programm stellt Rückward zusammen: geistliche Musik von Bach, Mozart, Brahms. Gleich die erste Motette „Ich lasse dich nicht“ ist dynamisch und kläglich bei den frühen Stimmen der Mozart-Gemeinde in Babel; rein und ausdrucksvoll spricht eine horstige Kollektive zu uns. Aber wie? Ein capella-Stück solchen Formats von Johann Sebastian? Er hat keine geschrieben, selbst die Choräle der Passionen sind instrumentell geführt. Also rechnen wir das glänzend gearbeitete Werk seinem Obem als Musterleistung an. Für die Kreuzobstantate hat Admet Fischer Atem, Kraft und Technik, nicht Innigkeit, Innerlichkeit, Zartheit und Behmut genug. Im Schattens Nachheris werden auch beide Dichter dunkel. Wie vor der Porträtmalerin Frau Smeiner Frau Koefler verblüht! Die alt-italienischen Arten liegen ihrer Stimme nicht; ein Ausmaß von Höhe wird ihr gefährlich. Sie preßt und drückt und singt unsauber. Die Mittelstufe gibt viel, oft alles her, und dann verdeckt nichts mehr einen kunstvoll gestalteten Eindruck.

Das „Lied der Arbeit“ vermittelte Hans Waterhaus mit seinem in der Höhe sehr gewagten, in allen anderen Bogen und im männlichen Klang sehr sympathischen Bariton. Tischler, Schneider, Schuster und Schlosser geben sich in dem durch Oper und Lied, Ballade und Arie laufenden, höchst abwechslungsreichen Programm die Hand. Ein Programm der Arbeit, in Stücken schon verortet, in anderen Teilen ewig jung, klingt in Tönen auf. Unmut, Freude, Stolz und Demut, Lust und Verzweiflung des Arbeitenden werden die Gemüts. „Der Arbeitermann“ Pfühners ist ein der besten, triebkräftigsten Gesänge, die nach Straußens „Steinkopfer“ geschrieben wurden. Eine kunstvolle Mischung aus Dichtung, Aufbaumung, Ironie. Bufoni wagte sich — vor Jahrzehnten — an die unkomponierbare Geistigkeit des Goetheschen „Unmut“. Rein Schläger, aber ein derbes Stück Autobiographie. Man lasse dieses erfolgreiche Arbeitsprogramm in Arbeiterkonzerten erklingen!

Zwei Geiger: Carl Fleisch, des Rufes einer solchen technischen Ueberlegenheit, ein vom Virtuosen nicht angegränkter Denker. Vielleicht ist der langsame Satz des G-Dur-Konzerts von Bach zu weich-romantisch angelegt. Die Capricci zeigen den Stiffen, bei dem Inhalt, Form und Ausdruck eins sind. Und vollends im Konzert Beethovens trägt uns dieser Gegenstand und höchste Anstrengung in höchste Kunstbegnadung. Louis van Saar ist im Konzert so nervös, daß man oft verahnt, einen Qualitätsverlust zu hören. Wie schön, wie relaxant ist dieser Ton, und wie stark poßt uns eine Kantilenen-Phrase! Dann kommt der Bruch: mitten in den Corellischen Variationen eine reiz-eisenhafte Aufmachung, mitten in Mendelssohns Konzert ein Papier, eine Unstimmigkeit, ein Flageolet-Verlager, ein Krachen. Die Stimmung neigt sich dem unpathischen Kammermusiker zu und wendet sich vom Virtuosen ab. Mag sein, daß auch ihm die höhere Bezeichnung des indisponierten Wilhelm Scholz die Laune verdrückt. Kitty Cervenkova geht mit dem Temperament der tschechischen Ration, sauber, bewußt und mit kraftvollem Strich. Der Ausdruck des Tons bedarf noch der Kultur, und an anderen, als virtuos aufgeputzten Salonstücken werden wir später ihre Rusikalität beurteilen können.

Die Hauptmann-Feier in der Universität.

Von dem Lehrer für Deutsche Literaturgeschichte Prof. Peter- sen und dem Lehrer für allgemeine Römische Prof. Dessoir wurde Gerhart Hauptmann in der großen Aula der Berliner Universität mit den würdigsten Geburtstagsreden bedacht. Der Literaturforscher ließ es sich nicht angehen, in seiner jüdischen Rede all die Beziehungen zu zeigen, die von dem jüdischen Dichter unserer Tage zu der Bergangshit zurückzuführen. Er trachtete eine schöne Parallele an zwischen dem Dichter der „Weder“ und dem ersten Rektor, den die Berliner Universität in den Zeiten höchster vaterländischer Not erwählte, Johann Gottlieb Fichte, der selbst ein Wederjohn gewesen ist. Dessoir wurde beinahe selber zum Dichter, indem er den ganzen Chor der Hauptmannschen Gestalten aufzuführen ließ wie eine Festmusik zum Ehrenamt des Dichters. Der Vertreter der Studentenschaft sprach nach den Professoren. Der junge, mit großem Eifergefühl sprechende Herr schlug sofort die Brücke von dem alten Dichter zu der studierenden Jugend. Er redete, er zitierte, was die jüngsten Poeten zum Preise ihres Meisters geformt haben.

Dann nahm der Präsident des Deutschen Reichstags, Söbe, das Wort, als Oberhaupt der deutschen Volksvertretung. Er durfte sich gestatten, nur die Bürgerlegenden Gerhart Hauptmanns zu rühmen, er durfte ihn charakterisieren als den Mann, dessen sittliche Haltung in den Zeiten der deutschen Krise stets musterhaft gewesen sei. Der Politiker fand Worte für die große politische Bewußtsein, die uns heute notwendiger sei als jemals.

Seine Rede wurde vielfach durch das Wellensgedröhne der akademischen Jugend unterbrochen. Es schien, daß man die Hauptmann-Feier an der Universität benutzen wollte, um sich fest und deutlich zu der Vaterlandsliebe dieses republikanischen Redners zu stellen. In diesem Ein- und äußers auch nichts die diplomatische Ansprache Gustav Noeths, der sich immerhin einer gewissen Nüchternheit befleißigte, als er Gerhart Hauptmann die Dankadresse der Deutschen Geistes-Gesellschaft überreichte.

Im Namen des Schwanenbundes Deutscher Schriftsteller sprach Arthur Claeffer. Der Schutzverband ernannte seinen erfolgreichsten und erlauchtesten Kollegen zum Ehrenmitglied. Feix Höl- länders durfte mit vertraulichem Du zu Gerhart Hauptmann reden, als er ihm die Ehrengrüße des Deutschen Theaters in Berlin und des gesamten deutschen Theaters überbrachte.

Erwartungsvolle Stille. Gerhart Hauptmann lag persönlich die Stufen zum Podium empor. Er ist ungebogen, er ist schon anzusehen. Gerhart Hauptmann nimmt all die Verkündung entgegen als ein Tribut der Achtung, den man in seiner Person der deutschen Dichtung überhaupt sollte. Er neigt mit starker Stimme das Manuskript ab, das er in der Aula der Universität der Jugend anzuvertrauen hat. Seine Worte sind schön gemeint. Er findet ein sehr deutliches und volkstümliches und trotzdem sehr dichterisches Bild, als er vorschlägt, das Buch der Weltgeschichte durch einen Strich in zwei Teile zu trennen. Dann würden auf der einen Seite die Taten des Kriegerischen, des Grausamen, der Härte und der rohen Kraft vorgetragen, aber auf der anderen Seite ständen die Berichte von allem Dienste, der der feineren Kultur geleistet wurde, stände die Chronik von dem Fortschreiten

Die Not der Wissenschaft.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde der förmlichen Fraktion mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Gesetzentwurf zur Abänderung des Verdrängungs-, des Kolonial- und des Auslandsbüchereigesetzes vom 28. Juni 1921 in allen drei Lesungen ohne Aussprache anacronismen. Es folgt dann die Interpellation des Zentrums über die Not der deutschen Wissenschaft, die

Abg. Dr. Schreiber (Z.) begründet. Wir stehen vor einer geistigen Verarmung, die mit größter Besorgnis erfüllen muß. Lehre und Forschung leiden gleichmäßig in den Geisteswissenschaften und in den Naturwissenschaften. Unsere Forschungsinstitute haben einen so großen Ausgabebetrag nach der persönlichen und sächlichen Seite hin zu tragen, daß für die Forschung nichts mehr übrig bleibt. Es handelt sich hier um den Niedergang deutscher Weltgröße und deutschen Bestrebens. (Sehr richtig!) In unsere Bibliotheken sind unendlich viele Bände gerufen worden. Ausländische Bücher können kaum noch angeschafft werden. Ein englisches Buch über die Vererblichkeit von Augentrübungen kostet z. B. 80 000 M. und würde, wenn eine Bibliothek es anschafft, die Hälfte ihres Etats verschlingen.

Die Bibliotheken haben einen Rückschritt gemacht ungefähr auf das Jahr 1900.

Bedaurensicherweise findet auch eine große Abwanderung deutscher Privatbibliotheken ins Ausland statt. Dazu kommt der Rückgang der wissenschaftlichen Bücherproduktion. Die Öffentlichkeit beachtet viel zu wenig, wie sehr unsere Hochschulen an wissenschaftlichen Lehrkräften und gutem Nachwuchs Mangel leiden. Ein Teil von ihnen wandert in die Industrie ab und geht der Wissenschaft verloren. Nicht nur der Student, auch sehr viele Privatdozenten erwerben jetzt ihren Lebensunterhalt durch Handarbeit bei Kanal- und Eisenbahnbauten, in Bergwerken usw. Durch den Wertverlusten erfährt die deutsche Wissenschaft eine neue Belastung. Wer acht Stunden körperlich arbeitet, kann unmöglich in der Nacht ernste und erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit leisten. In größter Sorge sehen unsere deutschen Museen, wie das Germanische Museum in Nürnberg, die Deutsche Bücherei in Leipzig und das werdende Deutsche Museum in München der Zukunft entgegen. Auch das wissenschaftliche deutsche Verlagertum ist von großer Not betroffen. Um all diesen Mängeln der deutschen Wissenschaft zu begegnen, muß die Reichsregierung die der Wissenschaft dienenden

Staatsmittel bedeutend erhöhen.

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft muß eine sehr beträchtliche Erhöhung ihrer Zuschüsse erhalten, wenn sie auch in der Zukunft fruchtbare Arbeit leisten soll. (Beifall.)

Staatssekretär Schulz sagt in Beantwortung der Interpellation: Für die Notgemeinschaft hat das Reich zunächst 20 Millionen bewilligt. Im Haushaltsjahr 1922 wurde die Summe verdoppelt und durch einen Nachtragsetat werden weitere 40 Millionen gefordert. Das Reich darf den von ihm beschrittenen Weg nicht wieder verlassen, weil sonst die Gefahr unüberwindlicher Verluste entsteht. Für 1923 hat die Notgemeinschaft 200 Millionen gefordert. Das Reichsministerium des Innern ist für die Wissenschaft bemüht, soweit die Finanzlage es gestattet. Sache der Länder ist es, den Privatdozenten zu helfen.

Für die Studentenhilfe

sind 45 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Die Anregung zur steuerlichen Erleichterung für die geistigen Arbeiter wird dem Finanzministerium weitergegeben werden. Für die Notgemeinschaft haben wir 20 Millionen im Etat bereitgestellt und hoffen, damit die deutsche Kunst stützen zu können.

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Tagesordnung: Liquidationsabrechnung, Besprechung der Interpellation über die Not der Wissenschaft, Beratung der Geschäftsordnung. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wird die Volkstimmung des Reichstags am 16. November beschäftigen. Es ist mit einer namhaften Steigerung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen, insbesondere für die Familienväter, zu rechnen, die voraussichtlich bereits am 20. November in Wirklichkeit treten wird.

Die Frage der Auslieferung der italienischen Syndikalisten. Wie die P.P.R. hören, hat das Kabinett Birch in seiner letzten Sitzung die Entscheidung über die Auslieferung der italienischen Syndikalisten Ghezzi und Taccchi vertagt, weil die Angaben der Beteiligten und der Angeklagten in so starkem Widerspruch zu den Akten stehen, daß eine Klärung an die italienische Regierung notwendig wurde, die bereits abgegangen ist.

des Technischen, von der Verfeinerung des Gefühls, von der Entwicklung der edlen Künste. Nur die Kriegskisten auf der einen Seite auf der anderen die Laten des geistigen Heidentums. Für welche Seite Gerhard Hauptmann sich entschied, er ließ keinen Zweifel über seine Entscheidung. Mit diesem Gebotnis nahm er Abschied von der akademischen Jugend, unter der niemand die streikenden bunten Mähen entbehrt, von dem Reichspräsidenten Oberr, der trotz der politischen Krise an dieser Feier teilnahm, und von all den Würdenträgern, die sich hier versammelt hatten.

Der Reichspräsident an Gerhart Hauptmann.

Der Reichspräsident hat das Ehrengesamt für Gerhart Hauptmann, über das wir hier bereits berichteten, mit folgendem Schreiben begleitet:

„Mein lieber, sehr verehrter Herr Dr. Hauptmann! Um führende Deutsche, die ihren Namen in der Geschichte des Vaterlandes eingegraben haben, zu ehren, habe ich das Symbol des Reiches, den deutschen Adler, in Bronze prägen und diese Prägung auf einen Sockel aufstellen lassen. Das erste Stück dieses Adlerschildes überreichte ich Ihnen an dem Tag, da ganz Deutschland an der Feier Ihres schicksaligen Geburtstages teilnimmt. In einer Zeit der Unrast und Bedrängnis steht Ihr Bild leuchtend vor unseren Augen: An der Wurzel unserer Gegenwart geboren, haben Sie ihre Kämpfe und Wirnisse voraussehend empfunden und es vermocht, die ringenden Kräfte unserer Zeit und unseres Volkes zu unzerstücklicher Gestalt zu erheben. Liebe zum Vaterland, auch in der Zeit seiner Leiden, Verständnis für die eigene Zeit, auch in ihrem chaotischen Drängen, haben Ihr Herz und Ihre Werke erfüllt. So möge Ihnen heute entgegenklingen, daß das deutsche Volk Ihren Namen als den eines Führers ehrt, daß unsere Zeit die lehrerliche Bedeutung Ihres Schaffens begreift. Es hat einen tiefen Sinn, den niemand besser als Sie würdigen wird, wenn ich Ihnen als Zeichen des Dankes des deutschen Volkes diesen schlichten deutschen Adler überreiche, als Zeichen, als ein Symbol dafür, daß ein großes ringendes Volk Kraft und Mut aus den Werken seiner Meister schöpft. Mir persönlich ist es aber eine besondere Freude, Ihnen an diesem Tage meine aufrichtigsten, herzlichsten Glückwünsche zu sagen, denen ich hiermit Ausdruck gebe als

Ihr Ihnen stets ergebener Ebert.“

Am Neuen Volkstheater werden wegen Behinderung eines Handbühnenbauers am Sonntag, den 19. an Stelle von „Michael Kramer“ „Der Engländer“ und „Zatros“ gegeben.

Die Kunst-Gesellschaft-Gesellschaft der Akademie der Künste ist um eine Woche verlängert worden. Der endgültige Schluß erfolgt Sonntag, den 19. November, nachmittags 5 Uhr.

Eine Einführung in die Philologie (mit Ausdrücke) beginnt Gen. Dr. Apel Donnerstag abend 8 Uhr im Kaiser-Wald-Gymnasium.

Die „Kämpfe“, das neue Grand-Guignol-Theater auf dem Turfstrassenbühnen das unter der Direktion von Pola Paletti am Abend eröffnet wird, bringt sechs Bühnenwerke, darunter eine in Deutschland noch unausgeführte komische Oper von Friedrich von Flotow.

Eine ungarische Goethe-Gesellschaft, in Budapest gegründet worden. Sie hat sich außer dem Goethe-Kult die Pflege der deutsch-ungarischen literarischen Beziehungen zur Aufgabe gestellt.

Wucherbekämpfung in Preußen.

Energische Maßnahmen.

Zu der bereits gemeldeten Berufung des Abgeordneten Grzesinski als Oberrichter des Landespolizeiamtes erfahren die P.P.R. noch folgendes:

Die in erschreckendem Maße zunehmende Teuerung der Markt und die damit zusammenhängende unerhörte Teuerung lassen infolge der immer steigenden Höhe die schwersten Gefahren für die Ruhe, Sicherheit und Ordnung erwarten. Unter diesen Umständen sind die Maßnahmen gegen den Wucher, auf dessen Bekämpfung vom Preussischen Ministerium des Innern von jeher das größte Gewicht gelegt wurde, von höchster Bedeutung. Um nun alles Entscheidende nach dieser Richtung zu tun, wird besonderes Gewicht darauf gelegt, daß das dem Preussischen Ministerium des Innern unterstellte Landespolizeiamt mit allen Kräften sich dieser Aufgabe zuwenden kann. In diesem Sinne ist der Abgeordnete Grzesinski, der seinerzeit als Chef der Heeresabwicklungsstelle ein außerordentliches Maß von Organisationsstalent, Umsicht und Energie bewiesen hat, zum Leiter des Preussischen Landespolizeiamtes ernannt worden. Der Oberrichter Schoof, der bis vor kurzem mit der Wahrnehmung von Aufgaben im Ministerium des Innern beauftragt war und von diesen Obliegenheiten entbunden wurde, um seine ganze Arbeitskraft und Sachkenntnis ungeteilt den wichtigsten Aufgaben der Wucherbekämpfung im Rahmen des Wirkungsbereiches des Landespolizeiamtes widmen zu können, wird nach kurzer Einarbeitung des neuen Chefs wieder in das Ministerium des Innern zurücktreten und das Landespolizeiamt von seiner dortigen Stelle unterstehen. Das Landespolizeiamt wird weiter mit aller Schärfe gegen den die Bevölkerung ausraubenden Wucher vorgehen und hofft dabei auf die Unterstützung breiterer Volksschichten, ohne deren Tätigkeit und aufmerksame Mitwirkung jegliche Bekämpfung des Wuchers illusorisch gemacht werden würde. Weitere Maßnahmen zum Zwecke der Wucherbekämpfung werden vom Preussischen Ministerium des Innern sowie vom Landespolizeiamt in Kürze erfolgen.

Zum Leiter der Abteilung W (Wucher) des Berliner Polizeipräsidiums dürfte Regierungsrat Meyer berufen werden. Regierungsrat Meyer gehört zu den aus dem Arbeiterstande herorgewandenen Beamten; er war ursprünglich Holzarbeiter und während der Revolutionszeit Mitglied des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte.

Landwirtschaft und Kartoffelversorgung.

Die Reichseisenbahn hat in der Zeit vom 1. September bis 11. November 30 Millionen Zentner Kartoffeln mehr befördert wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es sind 267 499 Wagen zu je 15 Tonnen gestellt und mit 80 649 700 Zentnern Kartoffeln beladen versandt worden. Trotzdem wird man wieder behaupten, die Eisenbahn habe beim Transport der Kartoffeln versagt. Ein Beweis dafür ist folgender Vorgang: Die Pommerische Vereinigung der Ortsgruppe Triemersheim am Nibberstein hatte bei der von Herzbergische Verwaltung in Rottin Kartoffeln bestellt, die nicht geliefert wurden. Am 18. Oktober antwortete das Herzbergische Rentamt, die Kartoffeln wären schon längst geliefert worden, wenn man einen Eisenbahnwagen bekommen könnte, der schon vor 14 Tagen bestellt worden sei. Es wäre vielleicht ganz gut, heißt es in dem Brief, „wenn Sie auch von dort aus einmal aufläufen würden könnten, daß die Schuld an der Verzögerung bei Kartoffellieferungen nicht beim Landwirt, sondern an der Eisenbahn liegt.“ Die Feststellungen der Eisenbahnverwaltung haben ergeben, daß das Herzbergische Rentamt erstmalig am 20. Oktober einen Wagen für Kartoffeln nach Triemersheim angefordert hat, der bereits am 21. Oktober gestellt wurde.

Erhöhung der Militärrenten.

Künftig wird uns geschrieben: Die mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 erfolgte Erhöhung der Teuerungszulage nach § 87 A.B.G. von 35 auf 170 v. H. bedeutet für alle Militärrentner, also einschließlich der im Erwerbsleben stehenden, eine Verdoppelung der gesetzlichen Zahlungen der Versorgungsgebühren. Die gleiche Vergünstigung wird allen übrigen Militärrentnern zuteil, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften schon höhere Zuschüsse bekommen. Das Sterbengeld, die Pflegezulage und die den Blinden zustehenden Unterhaltskosten für den Führerhand werden zum zehnfachen Betrage der Sätze des Reichsversorgungsgesetzes ausbezahlt. Neueinstellungen der Versorgungsgebühren finden im allgemeinen nicht statt. Die Auszahlung der erhöhten Beträge erfolgt im wesentlichen durch die Postanfragen, in Bayern durch die Pensionsstellen, und zwar wird für November einsehr der Nachzahlung für Oktober der dreifache Betrag, in Zukunft aber der doppelte Betrag der Renten gezahlt. Die für die Berechnung des Versorgungsrentenbetrages und der Versorgungsgebühren geltenden Höchstsätze sind ebenfalls verdoppelt worden. — Gleichzeitig mit dieser allgemeinen Aufbesserung der Militärrenten sind die im Falle des Bedürfnisses durch die Fürsorgestellen zu gewährenden Teuerungszuschüsse und die für ihre Bewilligung maßgebenden Einkommensgrenzen im Verordnungsweg auf das Vier- bis Sechsfache, vom 1. Oktober ab bis zum Jahresende der erhöhten Teuerungszulagen für August vorgezeichneten Sätze erhöht worden. Der höchste Teuerungszuschuß beträgt danach neben der Rente für den Monat November beispielsweise für einen Beschädigten, wenn er nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb ausüben nicht imstande ist, 6400 M., für eine Witwe unter den gleichen Voraussetzungen 4800 M., Halbwaisen erhalten 2000 M., Vollwaisen 3000 M. Ein Alleinsteiler hat Anspruch auf 2500 M., ein Elternpaar auf 4100 M. Der besondere Kinderzuschuß für Beschädigte beträgt 1600 M. Die Nachzahlung der Unterschiedsbeträge für den Monat November erfolgt in der zweiten Hälfte des Monats.

„Kano“.

Unter dieser Spitzmarke brachten wir vor kurzem eine Zuschrift aus Polizeibeamtenskreisen, die sich über den „Kano“, Reichsorganisation für persönliche Berufungsvermittlung, beschwerte. Nach jener Zuschrift war ein ehemaliger Schupo-Beamter, der im „Kano“ wegen Arbeitsvermittlung vorgeworfen hatte, von einem der Nachweisbeamten, einem ehemaligen Major, angefaßt worden, er befände sich „in Gesellschaft von Sozialdemokraten, also von schlechten Leuten“. Diese Weisheit hätte der Major aus einem dicken Altkonvolut entnommen, den er vor sich hatte. Im allgemeinen wurde dem Kano vorgeworfen, daß er eine Organisation zur Vermittlung deutsch-nationaler und monarchistischer Personen aus dem ehemaligen Heer, der jetzigen Reichswehr und der Polizei sei.

Diese Rottz hat weitere Kreise gezogen. Wie erinnerlich, hat Polizeipräsident Bübring die unter den Königsberger Polizeibeamten vom Kano veranstalteten Kurse auf Grund unserer Mitteilungen kurzer Hand verboten. Es ist begreiflich, daß der Organisation Kano diese Angaben durchaus peinlich waren. Sie hat deshalb ihr Material an Erhebungen und Anweisungen an ihre Filialleiter uns unterbreitet und wir müssen bestätigen, daß in den Anweisungen für seine Beamten ausdrücklich, unter Hinweis auf das Arbeitsnachweisgesetz, die Frage nach politischer Zugehörigkeit der Stellensuchenden unterjagt ist. Der Kano hat außerdem einen

unserer Redakteure gebeten, sich von der Unmöglichkeit der erhobenen Beschuldigungen durch Akteneinsichtnahme zu überzeugen. Dieser hat tatsächlich die Akten jenes Stellensuchenden, von dem in der Zuschrift die Rede war, einsehen können, ohne daß Beamte der Organisation dabei anwesend waren und den Namen des Betroffenen erfahren. In den Akten war keinerlei politische Anmerkung zu entdecken, wohl aber konnte festgestellt werden, daß der Kano sich für den Stellensuchenden seit dem Frühjahr 1921 mehrfach und sehr dringlich bemüht hat.

Nachdem wir jener Zuschrift Raum gegeben, hätten wir es für eine Pflicht der Objektivität, von diesem negativen Resultat der Nachprüfung unseren Lesern Kenntnis zu geben. Es ist selbstverständlich, daß unser grundsätzliches Urteil über die Notwendigkeit derartiger privater Arbeitsnachweisorganisationen dadurch nicht berührt wird. Wir wissen, daß von anderer Seite ähnliche Vorwürfe gegen den Kano erhoben werden, müssen uns aber beschränken auf das, was wir selber feststellen konnten.

Die Presse und das Schutzesetz.

Der Hauptvorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse, dessen Vorsitzender der deutsch-nationale Paul Böcker von der „Deutschen Tageszeitung“ ist, hat sich am Sonntag erneut mit dem Gesetz zum Schutze der Republik befaßt, insbesondere mit den Bestimmungen, die die Presse und ihre Redaktionen betreffen. Der Verband hält es für notwendig, diese gegen reaktionäre antirepublikanische Heißblätter gerichteten Bestimmungen auszuhebeln und den Staatsgerichtshof bei der Entscheidung dieser Verbote auszusprechen. Zum Schluß richtete er an alle Berufsgenossen die dringende Mahnung, „Ausfressungen in der Polemik in dieser schweren Zeit des Vaterlandes besonders sorgsam zu vermeiden“.

Es ist ja begreiflich, daß die Berufsorganisationen der Journalisten die Freiheit der Presse sicherstellen wollen. Indessen ist es kaum notwendig, dabei mit der Abänderung des Schutzesetzes zu beginnen, das bisher nur sehr bescheidenen Maßnahmen zur Anwendung gelangte. Vielmehr erschien es notwendig, daß sich der „Reichsverband der deutschen Presse“ mit dem ungeheuerlichen Urteil des Münchener sogenannten Volksgerichtes gegen die Freiheit deutscher Journalisten beschäftigte. Aus dem Bericht über die Sitzung des Hauptvorstandes geht aber nicht hervor, daß der Fall Fischenbach verhandelt worden ist. Ist das für den deutsch-nationalen Herrn Böcker etwa zu heißes Eisen oder endet die Pressefreiheit an den bayerischen Grenzen?

Der Anschlag auf Scheidemann.

Anklage gegen Hüster und Dehlschlager.

Celzig, 15. November. (W.B.) Im Prozeß wegen des Anschlags auf den Oberbürgermeister Scheidemann, der in der nächsten Zeit vor dem Staatsgerichtshof verhandelt wird, ist den beiden Beschäftigten jetzt die Anklageschrift zugestellt. Angeklagt sind der 22 Jahre alte Kaufmann Hans Hüster aus Elberfeld und der 19jährige Landwirt Karl Dehlschlager aus Wittmar bei Cosel (O.S.). Hüster führte den Wortspruch aus, während Dehlschlager die Flüssigkeit beschafft haben soll, die Hüster Scheidemann in das Gesicht spritzte.

Zwei Geheimbünde aufgelöst.

Der preussische Minister des Innern, Sebering, hat mit Zustimmung der Reichsregierung auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 den „Heimatbund Brandenburg und Westpreußen“ und den „Selbstschutz Charlottenburg u. a.“ aufgelöst, weil aus ihrem Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages steht. Personen, die sich an den beiden aufgelösten Vereinen als Mitglieder betätigen, werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft.

Kongressrede Lenins.

Moskau, 15. November. (D.C.) Gestern ist Lenin auf dem Kongress der kommunistischen Internationale mit einer Rede über die neue Wirtschaftspolitik hervorgetreten. Lenin erklärte, daß die Ergebnisse der neuen Wirtschaftspolitik sich bereits zu zeigen beginnen. Auf dem Gebiete der Finanzen sei die Stabilisierung des Rubels erreicht worden. Die kriegerischen Operationen seien durch die Einnahme Wladivostok beendet. Der Hunger sei überwunden. Die Bauernschaft liefere freiwillig die Naturalsteuer ab und hege keine Gedanken an ein Austritten gegen die Sowjetregierung. Auch in der Kleinindustrie mache sich ein Aufschwung bemerkbar. Die Lage des Proletariats in den Großstädten habe sich merklich gebessert. In der Großindustrie gehe der Fortschritt langsamer vor sich, aber auch hier bereiten sich die Bedingungen zu ihrer Hebung vor. Das Haupthindernis hierfür bilde das Fernbleiben des ausländischen Kredits, ohne welchen auch industrielle Staaten nicht auskommen könnten. Die Konzeptionen ständen zunächst nur auf dem Papier. Der Handel habe dem Staat 20 Millionen in Gold gebracht, die zum Wiederaufbau der Großindustrie verwendet werden sollen. Der russische Staatskapitalismus halte den Boden, die Industrie und den Handel in seinen Händen, um die Macht der Werktätigen (?) zu erhalten und den Weg zum Sozialismus zu sichern.

Die russische Hungerkatastrophe.

Warschau, 14. November. (R.P.) In der Moskauer „Jawelija“ werden die Verluste infolge der Hungersnot aufgezählt. Vor allem hat sich in den Gebieten, die vom Hunger betroffen waren, die Saatfrucht vermindert. Diefelbe betrug im Jahre 1920 20 412 000 Dehjatinen, im Jahre 1922 dagegen nur 18 986 000. Die Bevölkerung in den Hunger-Gouvernements hat sich um 2 1/2 Millionen verringert, also nach der Berechnung der „Jawelija“ um 10 Proz. In der bolschewistischen Republik sind am Hunger 25 Proz. der Bevölkerung gestorben. Der Viehbestand hat sich allein im Wolgogebiet in diesem Jahre um 2 345 000 Stück verringert und in den fünf Hunger-Gouvernements der Ukraine um 1 074 000 Stück. Der größte Teil dieses Viehbestandes ist an den Folgen der Hungerkatastrophe zugrunde gegangen, ein anderer Teil nach den benachbarten Gouvernements verkauft oder verschoben.

Die Soldaten Moskaus in der „Roten Fahne“ wenden sich in heftigster Weise gegen den Aufruf der Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen Rußlands an das internationale Proletariat, in dem die Verfolgungen der Sozialisten in Sowjetrußland geschildert werden. Daß die Kostgänger der Tscheka diesen Terror mit froher Stirn feigen, nimmt weiter nicht wunder. Daß sie es aber wagen, das Auslandskomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, dessen Mitglieder seit Jahrzehnten in den ersten Reihen der internationalen Arbeiterbewegung kämpften, als „gemeine Handlanger und bezahlte Spione der Weltbourgeoisie“ zu bezeichnen, zeugt von einer so niedrigen Gesinnung, daß die kommunistischen Arbeiter im eigenen Parteinteresse dafür sorgen müßten, den Tschekisten derartiger Schmutzereien das Handwerk zu legen.

Was Bücher erdulden müssen.

Invaliden in den Bibliotheken.

„Bücher haben ihre Schicksale“, und mitunter sind sie traurig. Wie traurig, das würde sich zeigen, wenn unsere Volksbibliotheken einmal eine Ausstellung ihrer „Invaliden“ machten. Wie sehen sie oft schon nach einem halben oder nach einem Jahr aus, sie, die einst stattdich im schmunzigen Verlegerband oder in dauerhaftem Bibliotheksband ihre Wanderung ins Publikum antraten? Ach, es geht ihnen oft herzlich schlecht, und sie werden zuweilen nicht sehr zart angefaßt. Besteht doch bei vielen unserer Leser die liebe Gewohnheit, den Büchern den Hals umzudrehen, d. h. sie aufzubrechen, um sie recht bequem lesen zu können.

Erbarmungslose Lesetiger.

Im Regen, im Schnee werden sie spazieren geführt ohne schützende Hülle. Was schadet's denn, wenn ein Buch nach wird? Man schließt seine Kleider, seine Hute, man geht mit seinen Gläsern und Taschen vorsichtig um, aber Bücher behandelt man heillos. Und doch sind sie empfindlich, und doch haben gerade sie eine Seele. Nein, sie übertragen es nicht, in eine Markttasche zusammen mit Fett, mit Pflaumen oder Staubkörnern gewickelt zu werden; sie lieben es nicht, mit fetten, mit schmutzigen Händen angefaßt zu werden, und „Festschreiben“ tun ihnen ganz gewiß weh. Ich weiß nicht, ob die Deutschen immer essen, wie es neulich ein Amerikaner behauptet hat, aber wenn sie lesen, essen sie anscheinend immer; die Bücher unserer Bibliotheken zeugen wenigstens davon. Spuren der verschiedensten Mahlzeiten, Fett-, Kaffee-, Macmeladeblecken, Semmel-, Brotreste, alles findet man darin. Wie überflüssig sind die mehr oder weniger „geistreichen“ Randbemerkungen, mit denen viele Leser unsere Bücher zu verzieren pflegen! Die meisten lesen ja ein Buch, um die Meinung des Autors kennen zu lernen und nicht die des Herrn X oder Y. Wenn ein eifriger Strindberg-Leser den Autor an Fraumhof übertrumpfen will, so mag er doch seinen Intimim auf andere Weise Luft machen, als daß er ihn mit Kopierflüssigkeit in ein Buch eingräbt, das ihm nicht gehört. Und kann man seine Übereinstimmung mit Goethe gar nicht anders dokumentieren, als daß man Zeile für Zeile unterstreicht?

Märtyrer des Wissens.

Manche Menschen rücken den Büchern noch weit energischer zu. Sie reißen Seiten aus, Essen ab, entfernen Illustrationen. Man denke sich hesses „Gertrud“, seine „Kohle“, man denke sich Montfort, den eleganten Kavalier und Abenteuerer, so verhandelt. Ist das der Respekt, den wir Deutschen angeblich vor dem Buch haben? Verdienen es unsere Klassiker, verdienen es Keller, Raabe, Storm nicht besser? Kann jemand, dem ein Buch wirklich etwas bedeutet, so mit ihm umgehen? Bei Kleidern ist man darauf bedacht, daß sie halsschon erhalten, bei Büchern nicht. Aber auch Bücher verlieren ihre Halsschon, wenn man alles mögliche hineinsteckt, was nicht hineingeht. Manche Bibliotheken haben wahre Reliquiensammlungen von all den Dingen, die als Lesesachen in Büchern gefunden worden sind: Streichhölzer, Zahnstocher, Haarnadeln, Brillenhalter, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Stumm erduldet unser Buch das alles. Aber wenn es reden könnte, würde es gewiß einige Blößen über diese Welt machen, in der soviel verboten und bestraft wird, in der kein Kind den Raub einer öffentlichen Anlage betreten darf, ohne daß die Polizei hinterherläuft, in der aber das Mißhandeln von Büchern so ziemlich ungestraft bleibt. Verwundert würde es fragen, wo denn das Gemeinschaftsgefühl steht, von dem soviel die Rede ist. Denn die Bücher der öffentlichen Bibliothek gehören der Gemeinschaft, und die Gemeinschaft wird geschädigt, wenn die Bücher vernichtet werden. In wie hohem Maße das namentlich bei den jehohen Verhältnissen der Fall ist, wo die Mittel der Bibliotheken nicht annähernd im Verhältnis zu den Bücherpreisen gestiegen sind, darüber ein paar Worte.

Bücher- und Einbandpreise.

Ein Kellambändchen kostete früher 0,20 M., jetzt 60 M., ein kleines Bändchen der Inselbibliothek früher 0,50 M., jetzt 160 M., ein Band aus der Bibliothek der Romane des Inselverlags früher 3 M., jetzt 900 M. Aber was noch schlimmer ist, viele Bücher werden überhaupt nicht mehr aufgelegt, und in nicht wenigen Fällen kommt auf

Rückfrage die Antwort vom Verleger: Kann wegen der hohen Herstellungs-kosten nicht neu aufgelegt werden. So wird die Goethe-Jubiläumsausgabe von Goethes Werken nicht mehr gedruckt — nur eine Auswähl erscheint —, und zahlreiche der vielgelesenen Reisebeschreibungen werden ganz vom Markt verschwinden. Ein Einband, Halbleinen, kostet heute 200—300 M. Das bedeutet, daß die Buchbinderkosten den Etat der Bibliotheken nahezu verschlingen. Und je schonungsloser die Bücher behandelt werden, desto mehr geht auf Umbinden, auf Reparaturen drauf. Man ist an den Stoßseuger der Leser gewöhnt: „Ach, was man haben will, ist niemals da.“ Ja, woran steht das eigentlich? Nicht zum wenigsten daran, daß ein großer Teil der Bücher immer zum Ausbessern oder zum Umbinden beim Buchbinder ist.

Die meisten Menschen sind nicht mehr in der Lage, sich Bücher zu kaufen; die Bibliotheken können aus Mangel an Mitteln ihren Aufgaben nicht in vollem Umfang gerecht werden. Es ist also dringende Pflicht jedes Benützers einer öffentlichen Bibliothek, die vorhandenen Bücherstücke nicht durch Rücksichtslosigkeit und Unachtsamkeit noch mehr zu gefährden, als sie es ohnehin schon sind.

Der Mann, der die Tür öffnet.

Kur eine offene Tür trennt oder verbindet die Gesellschaft vom Verbrechen. Ein eleganter junger Mensch öffnet eine Tür — sonst nicht und wird zum Verbrecher an der Heiligkeit des Festes. Die Tür zum Verbrechen ist jederzeit offen, der berühmte „Festtritt“ ist eigentlich ein Festtritt auf die Türschwelle. Ein schmerzhafter Einfall vor allzu wildigen Ohren gedauert — und Raabitz verabschiedet wieder einen Angeklagten.

Der elegante junge Mann, der sich vor den Schüssen wegen Diebstahls zu verteidigen hat, verkehrte viel im Bühnenklub, einem bekannten Reudeklubplatz vornehmer Stadtpflege, deren Inhaber sich dort in wohligen Räumen am Kartenspiel ergötzen. Während sie das tun, hängen belagte Pelze in der Garderobe, die in einem Korridor untergebracht ist. Der elegante und bisher unbekanntene junge Mann fand, daß die Garderobe leichtfertigsterweise unbekannt sei und dackerte ebenso leichtfertigsterweise seine Verwunderung darüber in einem Freundeskreis. Die Freunde von eleganten jungen Männern pflegen mitunter regelmäßige Frequentationen jener offenen Tür zu sein, die vom gesellschaftlichen Besitz zur ungesicherten Besitznahme führt. „Er möge doch mal zu einer bestimmten, aereigneten Stunde die Tür zu schließen vergessen!“ Er tat es. Er öffnete die Tür und kam — nach Raabitz.

Vier Pelze wurden gestohlen. Die eigentlichen Täter wurden nicht ermittelt; der die Tür öffnete, mußte alles zugeben. „Wegen Mittäterschaft beurteilt — beschloffen und verurteilt.“

Berlins Glückwunsch an Gerhart Hauptmann.

Auch die Berliner städtischen Behörden, vertreten durch den Oberbürgermeister Böß und den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari, richteten an den 60jährigen Dichter folgenden warm empfundenen Glückwunsch: „Mit tiefem Dank grüßt heute das deutsche Volk den schlesischen Dichter, dessen Werk nun über ein Menschenalter deutsches Wesen und deutsche Heimat immer neu spiegelt: den Dichter der Deutschen. Ihn, der auf der Freien Bühne in Berlin seinen Weg begann und in meisterlichen Dramen und Komödien auch Anstalt und Gestalten der Weltstadt, sowie Menschen und Landschaft um Berlin hellen Auges dichterisch erschaut, der heute in unserer Stadt, seiner zweiten Heimat, seinen 60. Geburtstag begeht, senden die städtischen Behörden herzlichste Glückwünsche und frohe Grüße. Daß die heute nicht nur in Berlin, sondern in vielen Städten des Deutschen Reiches blühenden Volks-

bühnengemeinden Hunderttausende nach schweren Arbeitstagen festlich aufrichten und erfrischen, auch das geht heute schon geschichtlich zurück auf die Schöpfung jener Freien Bühne, für die einst der Name Gerhart Hauptmann führend und seine Kunst die Lösung war. Wenn heute seit langem zum erstenmal wieder der Name eines deutschen Dichters weit über alle Welt hin aufleuchtet, so nehmen auch wir diesen hellen Schein als stützenden Trost in der Zeit schweren deutschen Schicksals und als Vorboden einer glücklicheren deutschen Zukunft.“

Annahme der Gewerbesteuer.

Der städtische Gewerbesteuerausschuß hat gestern endlich nach langem Hängen und Bürgen die Berliner Gewerbesteuer unter Dach und Fach gebracht. Sie wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums angenommen. Die Demokraten scheinen sich seitwärts in die Wägen schlagen zu wollen. In ziemlich langwieriger Beratung kam ein Kompromiß zustande. Die prozentualen Zuschläge sollen in folgender Staffelung erhöht werden:

| |
|-------------------------|
| Klasse 1 auf 2800 Proz. |
| „ 2 „ 2500 „ |
| „ 3 „ 2250 „ |

Von diesen Beträgen sollen in der 3. Klasse bei der Stufe bis zu 144 M. des staatlichen Steueransatzes nur die bisherigen Beiträge erhoben werden. Bei allen anderen Steuerpflichtigen der Klassen 2 und 3, die Inhaber von Einzelunternehmen oder Handelsgesellschaften sind, also ihr Gewerbe persönlich betreiben, sollen 1000 M. der Steuer abgesetzt, in der Klasse 1 sollen einbeitaßlich weiter 6000 M. abgesetzt werden. Das Gesamtergebnis der Steuer wird schätzungsweise etwa 30 bis 40 Millionen Mark weniger betragen, als im Voranschlag des Magistrats vorgeesehen war. Immerhin wird mit etwa 1,8 Milliarden Ergebnis aus dieser Erhöhung der Gewerbesteuer gerechnet werden können. Es ist anzunehmen, daß das Schicksal der Gewerbesteuer, wenn sie heute zur Abstimmung kommt, nur von wenigen Stimmen abhängen wird, da zweifellos bei der Volkspartei eine ganze Reihe ihrer Mitglieder sich an der Abstimmung nicht beteiligen werden. Bekanntlich verfiel die Steuer schon bei der ersten Magistratsvorlage der Ablehnung durch eine Zufallsmajorität.

Besonders bezeichnend ist es aber, daß die Demokraten, die mit Vorliebe sich als so verantwortungsfreudige Volkstäter gebärden, sich nicht zur Annahme der Gewerbesteuer entschließen konnten. Man wird sich das merken müssen, wenn von dieser Seite wieder die üblichen Tiraden über finanzielle Mißwirtschaft, Ausgaben ohne Deckung usw. kommen sollten. Grundzüge sind sehr schön, namentlich dann, wenn man sie anderen predigt und selbst nicht hält.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer infolge der Geldentwertung hat in den preussischen Großstädten allgemein viel größeren Umfang angenommen, als für Berlin vorgeesehen ist. In den westdeutschen Städten sind die ursprünglich veranlagten Beträge zum Oktober allgemein verdoppelt worden. Einzelne Städte sind bereits zum Zweifelhalsfachen der ursprünglichen Veranlagung angelangt, und dies, obwohl bekanntlich gerade die Gewerbesteuer in den anderen Städten schon nach den Haushaltsentwürfen meist wesentlich höher beschloffen war als in Berlin. — Auch bei den Werkstatiften kann Berlin, was im gestrigen Abendblatt ausführlich dargelegt wurde, den Vergleich mit den anderen preussischen und deutschen Großstädten vertragen.

Helft unseren Schwerhörigen!

Die Schwerhörigengruppe ist in unserem Bezirksverband vor vier Jahren zu dem Zweck gegründet, durch politische und wirtschaftliche Vorträge jene gedauerndwertigen Leidensgenossen vor völliger Andulenz zu bewahren. Nach der Statistik beträgt die Anzahl der Schwerhörigen ein Prozent der Bevölkerung, wovon heute erst der kleinste Teil durch unsere Gruppe erfährt ist. Dies könnte anders sein, wenn den Schwerhörigen ein brauchbarer Vieldbreer zur Verfügung stände. Seit Jahren hat die Gruppe sich bei der Stadterwaltung darum bemüht, ohne damit Erfolg zu haben. Der jetzt zur Verfügung stehende Apparat älterer Konstitution mit nur 24 Anschlüssen genügt keineswegs. Seine Benutzung ist außerdem mehr, als die Schwerhörigen bezahlen können. Die Schwerhörigen wenden sich deshalb an die Parteigenossen und an

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Mante von Vicki Baum.

Anselm ließ sich neben ihm im feuchten kurzen Gras nieder, es duckte sich freundlich in seine Handflächen.

„Nun hast du sie schon gemacht; jetzt ist sie still“, sagte Egidius vorwurfsvoll.

„Wen denn?“

„Die Grille. Ich höre ihr lange zu; sie ist sonst zutraulich zu mir; ich liege jeden Abend ein bißchen da, sieh, hier ist das Grillenloch. Man schläft so gut, wenn man am Abend einer Grille zuhört.“

„Ja“, sagte Anselm, aber er dachte an etwas anderes. Gleich darauf hörte er das Grillenlied. Es ging wie die Stille selbst, so gleich und gleich.

„Wie war es damals?“ fragte Anselm leise und vergraben. „Wie konntest du es tun, damals, daß du über den Fluß gekommen bist? Egidius?“ Egidius hob sein Gesicht aus der Diefse, es rann ein wenig Mondlicht daran hin, er lächelte, aber antwortete nicht. Da sah Anselmus, daß er graues Haar hatte. Er hob die Hand, als wolle er es streicheln, aber er senkte sie wieder. „Wie alt bist du?“ fragte er.

„Bruder, wie alt wir sind, das haben wir alle vergessen“, sagte Egidius; und etwas später — die Grille schöpfte Atem — sagte er noch: „Auch Linde ist grau geworden.“

„Was macht Linde?“

„Alles. Du triffst sie in jedem Haus. Einen Monat lang machte sie freiwilligen Dienst bei den Geschlechtskranken in der Baracke. Vorige Woche bekam Christine ein Kind, da half sie. Jetzt wollen die im Frauenhaus weben lernen, dort steckt sie nun.“

„Bekam Christine wieder ein Kind?“ fragte Anselmus und begann leise zu lachen.

„Ja“, sagte Egidius und wurde auch vergnügt. „Christine ist prächtig. Sie hört nicht auf, jedes Jahr ihr Kind zu kriegen. In acht Tagen läuft sie wie er herum und hilft den anderen gebären. Ihre neun sind im Mutterhaus und machen unbändigen Bärm. Zwei können schon bei den Gänsen helfen.“

„Weiß sie denn diesmal den Vater?“

„Ach nein; sie kriegt ihre Kinder wie ein Apffelbaum Kefsel. Sie blüht einmal im Jahr und trägt einmal im Jahr. Horch, sei stille: nun singt die Grille wieder.“

Anselm drehte sich langsam, bis er auf dem Rücken im feuchten Gras lag neben Egidius, der die Ellbogen in die

blühenden Schafgarben gestützt hatte und lauschte. Anselm verschränkte die Arme unter dem Kopf, da spürte er die Erde an seinem Pulsschlag atmen. Er lag mit offenen Augen dem Himmel hingegeben und atmete im Takt der Erde und des Grillenliedes. Später schloß er die Augen und flüsterte: „Jetzt ist Frieden, Egidius.“

Egidius faltete die großen Hände wie ein Dach über der Wohnung der kleinen eifrigen Sängerin und schwieg. Es weinen noch viele, dachte er. Der Feldweg trug noch den lockeren Staub des furchtbaren Geschehens, das einmal einen Ort zerrissen hatte, mit all seinen Häusern, Menschen, Zäunen, verwüsteten Laubengärten, zertrümmerten Schnapsläden. Durch den Wegstaub wanderten lange Schritte einher; ein Lied flog voraus. „Horch! Lorenz!“ sagte Anselm und hob sich ein wenig aus dem Gras. Gleich darauf fiel ein dünner Mondschatten in die halbe Dämmerung am Rain.

„Abgedient!“ rief Lorenz schon von weitem und schwenkte ein festliches Ding in der Hand, ein Stöckchen mit Blumen und Bändern, einen dünnen, lustigen Wanderstab. „Abgedient und vorbei! Ein Vierteljahr Kohlengraben! Jetzt können wir unseren Weibchen einheizen zum Winter und dem kleinen Krabbelzeug — so schlumm wie im Vorjahr soll es nicht werden.“

„Kommst du vom Bergwerk?“ fragte Anselmus und stand auf, schaute froh in das frohe Gesicht und griff nach der harten Hand. „Wie geht es dort?“

„Verdammt geht es dort, Kamerad“, sagte Lorenz; er hatte eine helle Stimme, die nicht zum Bessereden zu gebrauchen war. „Es ist Regenwürmerarbeit; aber nun: sie muß getan werden. Gestern sind fünfstaufen Neue angerückt, freiwillige. Macht mans freiwillig, siehst du, dann tut der Buckel nicht so weh und du kriegst keinen Lungendampf. Früher hätte mich einer zwingen sollen, neun Stunden da unten zu kragen. Aber jetzt: man hat sein Vierteljahr hinter sich, da hat man sein gutes Gewissen. Nun komm! man heim — heimkommen ist schön, Bruder. Und ist hier Neues los?“

Anselmus winkte Egidius einen Gruß zu und ging neben Lorenz der Siedlung zu. Lorenz erzählte und manchmal suchte er dazwischen und wenn er schwieg, dann sang er ein wenig mit geschlossenem Mund, und dann wieder riß er den Mund auf und atmete groß.

„Lust!“ sagte er. „Weißt du, was Lust ist, Bruder? Nein, das lernst du in keiner Schule. Nichts ist Lust. Aber komme du mal aus so einem Kohlenloch heroor: auf einmal weißt du, was Lust ist. Du riechst sie, du schmeckst sie, du hörst sie, es fauft so an den Ohren vorbei, und die werden heiß, und

wenn du deine dreifigen Kohlenhände zumachst, dann spürst du die Luft zwischen den Fingern; so ist das. Und was macht Christina?“ fragte er plötzlich unermittelt.

„Sie hat ihr Kind gekriegt.“

„Hat sie ihr Kind gekriegt?“ sagte Lorenz und lachte tief in sich hinein. „Die ist tüchtig. Und weiß sie denn diesmal den Vater?“

Anselmus schüttelte lächelnd den Kopf.

„Dann will ich es dir sagen“, sagte Lorenz und trommelte sich mit beiden schwarzen Kohlenäufeln auf die Schenkel.

„Dann will ich es dir sagen: ich bin es. Diesmal bin ich der Vater, und es soll nur ein anderer kommen! Ich bin es!“

„Wie kommt denn das, Lorenz? Und freust du dich so sehr?“

„Wie das kommt — das ist eine lange Geschichte. Das ist noch eine Geschichte aus der alten Zeit, weißt du, man spricht von so was nicht gerne. Nun siehst du, dir sage ich, wie es kommt. Das ist lange her, und damals gab es doch so ein großes graues Haus am Fluß, und da hatte das Komitee mich hingeschickt, da hockte ich tagelang im Keller mit einem von den gewissen Kontakten — es ging um die Brücke, weißt du, wenn da die Armee kam, sollte gesprengt werden. Aber es war noch nichts von Armee zu sehen, da gab's einen Schlag und dann war lange nichts. Wie ich wieder zu mir kam, da hatte ich ein Loch im Kopf und allerhand Schönheitsfehler, und das Haus war eingestürzt und der Keller zugeshüttet, und mein Kontakten taugte nichts und die Brücke war auch schon fort, das erfuhr ich später. Und in dem zugeshütteten Keller brannte ein kleines Lichtchen, so ein blauer Borieszylinder, und neben dem Lichtchen saß Christine und hatte einen Poppen in der Hand und wusch mich ab wie ein kleines Kind, und lachte dabei, obwohl es nicht zum Lachen war an diesem Tag. Nachher hörte etwas wie eine kleine Kage im Winkel, und da holte sie einen Säugling her, der war in Christinas Hemd eingewickelt, und einen, der war nur in altes Druckpapier gewickelt, und dann nahm sie alle beide zugleich, jedes an eine Brust, und da tranken sie und dann schliefen sie ein. Siehst du, so sah ich Christina zuerit, wie sie dasah mit den beiden Jungen und ließ alle beide trinken, während mir anderen starben vor Hunger.“

„Kannst du denn noch Stillen in dieser Zeit und gleich zwei?“ fragte ich, weil ich mich wunderte. Da sagte sie: „Hier, wenn es sein muß“, und lachte dazu. „Ich bin ja Hebamme“, sagte sie nachher, „und mir würden ja zu viele weasterben, wenn ich ihnen nicht zu trinken geben könnte; die Mütter haben es ja verlernt vor Hunger. Aber ich habe noch was zuzusehen.“

(Fortsetzung folgt.)

alle Menschenfreunde mit der Bitte, ihnen zu einem neuen Viehhöfer mit 100 Anschlägen zu beschaffen. Die ganze vierjährige Aufklärungsarbeit wäre vergeblich, wenn der neue Apparat nicht angeschafft werden könnte. Beiträge zur Beschaffung eines neuen Viehhöfers für unsere schwerhörigen Genossen nimmt das Bezirkssekretariat der V.S.P.D., Abteilung Kasse, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, entgegen. Postkontonummer 45748. Hier Bagels, Bezirksverband Berlin, beim Postfachamt Berlin SW 7 mit dem Stichwort „Für die Schwerhörigen“.

Wenn die Reaktion die Macht hat.

Die „Christlich-unpolitische“ Elternbeiräte ihre politischen Gegner behandeln, kann man in Steglitz an der ersten Gemeindefschule sehen. Als in dem Elternbeirat dieser Schule neben 8 „Christlichen“ noch 8 Sozialisten saßen, war das Zusammenarbeiten leicht. Das änderte sich aber nach den letzten Wahlen, bei denen die Sozialisten 4 Sitze einbüßten. Der erste feindselige Akt der neuen Mehrheit bestand darin, daß sie die Geschäftsordnung änderte. Zur Einbringung eines Antrages waren fortan 6 Unterschriften nötig, so daß die Sozialisten seitdem nicht mehr Anträge selbstständig einbringen können. Erkennt der Vorstand einen Antrag als dringlich an, so wollen die „Christlichen“ die fehlenden 2 Unterschriften hinzufügen. Aber bisher wurde bei keinem der von unseren Genossen eingereichten Anträge die Dringlichkeit anerkannt.

Die Gegenläufer, die sich immer mehr verschärfen haben, führten in der November-Sitzung des Elternbeirates zu sehr unerquicklichen Ausfritten. Rektor Schulz von der 1. Gemeindefschule referierte über „Heranziehung des Elternbeirates zur Bewachung sittlich gefährdeter Kinder“. Unter anderem trug er zwei Fälle vor, in denen Schüler seiner Schule trotz Ermahnungen und Strafen sich nicht bessern wollten. Er bemerkte dazu: „Ja, wenn wir nur noch die alte Schulaufsicht hätten! Da war es möglich, derartige Elemente durch den Schutzmann zur Schule zu bringen, und das wirkte großartig.“ Ein sozialistischer Elternbeirat fragte, ob die Jungen am Religionsunterricht teilnehmen. Auch möchte er kein Geheimnis daraus, daß er für den Raufrei des Schutzmannes nach dem Schutzmann kein Verständnis habe. Er gab zu bedenken, ob nicht die alte Schule mitverantwortlich für diese Dinge sei. Da kam er aber schon an. Die „Christlichen“ warfen dem Sozialisten Insinuationen an den Kopf. Als unser Genosse, über den Kampf gegen die Schandliteratur sprechend, den Vorstoß machte, die Elternbeiräte sollten sich daraufhin einmal die Schüler- und Lehrerbüchereien ansehen, gab es neue Entrüstung. Ein Ruf aus der Mitte der „Christlichen“ nannte das eine „Friedhölle“. Soll man mit solchen Leuten über Schul- und Erziehungsfragen diskutieren? Welch Bestes Kind der Rektor dieser Schule ist, zeigt die Tatsache, daß er in seinem Amtszimmer noch ein Kaiserbild hängen hatte. Eine „lebe Erinnerung“ nannte er es, als von sozialistischer Seite auf die Ungebürlichkeit hingewiesen wurde. Rektor Schulz und mit ihm Lehrer Kramer bestellten den Elternbeirat überhaupt das Recht, sich in interne Dinge der Schule einzumischen. Herr Kramer gehört übrigens zu den Lehrern, die ohne Schulstrafe nicht auskommen zu können glauben. Aus Anlaß eines Prügelfalles hat gegen ihn ein sozialistischer Elternbeirat an den Schulrat Anders (der, nebenbei bemerkt, ein Deutschnationaler ist) eine Beschwerde eingereicht.

Die Affäre Franz.

Der Abend des 20. Februar.

Nach Eröffnung der Sitzung soll die Zeugin Hanna K. weiter vernommen werden. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Unger, bittet die Zeugin, nochmals ihren Zustand zu schildern, welcher nach Genuß des Kaffees bzw. Tees eingetreten war, insbesondere darüber, ob es sich um einen Zustand der völligen Bewußtlosigkeit oder nur um eine bloße Willenslosigkeit gehandelt habe. Ueber die Notwendigkeit dieser wiederholten Vernehmung entspringt sich eine lange Auseinandersetzung zwischen den Verteidigern, dem Nebenkläger und dem Staatsanwalt. Endlich konnte dann die Vernehmung der Zeugin K. fortgesetzt werden.

Die Zeugin schildert nochmals die einzelnen Vorgänge und befindet unter anderem, daß Frau Franz ihr die Hände gefesselt habe, um zu erzwängen, daß ihr Ehemann seine Pflicht ausführen konnte. Sie habe bei dem Vorgehen vollständig das Bewußtsein verloren. Der Detektiv Piel habe ihr hinterher erzählt, was während der Bewußtlosigkeit mit ihr geschehen sei. Staatsanwalt Broscher hält der Zeugin vor, wie der Angeklagte Franz gewisse Vorgänge schildert, insbesondere auch, daß sie sich, nach seiner Behauptung, an gewissen Vorgängen aktiv und bößlich bewußt beteiligt habe. Nachdem die Zeugin mehrmals erklärt hat, sie könne sich nicht auf Einzelheiten besinnen, erklärt sie schließlich positiv, daß die Angaben des Angeklagten nicht wahr seien. Die weitere Vernehmung der Zeugin K. erstreckt sich auf die Vorgänge, welche sich am Abend des 20. Februar abgespielt haben und legt den Hauptpunkt der Anklage bilden. Die Zeugin bekundet: Franz sah im Klublokal, zog mich zu sich heran. Der Angeklagte gibt zu, daß hierbei schon gewisse Zurückhaltungen vorgekommen seien. Als die Frau Franz hinzu kam, habe sie, Zeugin, ihr sofort jene Ausrufung des Franz erzählt. Frau Franz habe darauf erwidert: „Ach, das ist ja furchtbar nett, daß mein Bubi Dich so gern hat, da mußt Du ihn auch sehr lieb haben.“ Beim Kaffeetrinken sei ihr wiederum aufgefallen, daß dieser auffällig bitter gemessen sei. Auf die Frage des Rechtsanwalts Bohn, weshalb sie denn keinen Jüder verlangt habe, erklärt die Zeugin, daß sie von Hause gewöhnt sei, alles zu genießen, was ihr vorgelegt werde. Auf eine weitere Frage des Rechtsanwalts Bohn, weshalb sie nicht sofort nach der angeblichen ersten Attacke des Angeklagten auf ihre weibliche Ehre ihren Eltern Mitteilung gemacht habe, erklärt die Zeugin, daß ihr Vater als alter Korpsstudent dann verumflucht mit der Waffe in der Hand die Ehre seiner Tochter verteidigt haben würde. Die Zeugin K. schildert dann weiter, wie Franz, der angeblich erst zu einer Sitzung gehen wollte, plötzlich zurückgekommen sei und seiner Frau, nachdem die Haustüre mehrere Male geklopft hatte, zugerufen hätte: „Jetzt ist es Zeit.“ Frau Franz habe nunmehr sie aufgefordert, sich zu entheben und auch selbst damit begeben. Sie sei hierüber sehr empört gewesen, aber dann wieder in einen bewußtlosen Zustand gefallen, nachdem sie vordem noch erklärt hatte, man solle sie loslassen, oder sie würde schreien. Als sie wieder zu sich kam, habe sie nur mit Strümpfen und Schuhen bekleidet auf dem Teppich gelegen. Sie habe zu jener Zeit Gelegenheitsgebot, sich mit einem Ingenieur zu verloben, die Sache sei aber wegen der Affäre Franz gescheitert. Nach der Pause wurde der Sanitätsrat Bockfoss vernommen, welcher feinerzeit bei der Zeugin K. einen Eingriff vorgenommen hatte. Die wiederholten Bewußtseinsstörungen führt er

auf epileptische Veranlagung zurück. Die Vernehmung der Zeugin K. zieht sich wiederum bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Die Verhandlung wurde sodann vertagt und soll heute, Donnerstag, fortgesetzt werden.

Die Geldentwertung.

Erhöhte Preise für Volksspeisung und Bäder.

Vom Montag, den 20. November, ab beträgt der Preis des Essens aus der städtischen Volksspeisung für eine ganze Portion 44 M., für eine halbe Portion 22 M. Kinderbemittelte mit einem Einkommen von nicht mehr als monatlich 4000 M. zahlen für die ganze Portion 22 M., für die halbe Portion 11 M. Kinderbemittelte mit einem Einkommen von nicht mehr als monatlich 2000 M. erhalten das Essen unentgeltlich. Die Abgabe des Essens an Kinderbemittelte erfolgt gegen Vorlegung der Ausweisarten zur Erlangung verbilligten oder unentgeltlichen Essens. Die Ausweisarten werden von den Wohlfahrtsverwaltungen ausgegeben.

Die von den Gemeindebehörden eingesetzte ständige Kommission zur Festsetzung der Preise in den städtischen Badeanstalten hat mit Wirkung vom 10. November ab beschlossen: ein Männerbad 60 M., ein Frauenbad für Erwachsene 30 M., für Studierende, Pflichtfortbildungsschüler und Schüler höherer Lehranstalten 25 M. Ein Schwimmbad für Erwachsene 40 M., für Studierende, Pflichtfortbildungsschüler, Schüler höherer Lehranstalten 30 M., für Kinder 20 M., für Schulkinder bei klassenweisem Besuch 10 M. Schwimmhallenmiete für den Übungsabend (einschließlich Stunden) 2100 M. Bei Schwimmfesten Sonnabends drei Stunden 4200 M., Sonntags (bis sechs Stunden insgesamt) 12500 M. — Für jede weitere Stunde sind 1400 bzw. 2100 M. zu zahlen. Schwimmunterricht für Erwachsene 500 M., für Kinder 250 M. Ausländer, die Angehörige politischer Staaten sind, haben das Fünffache der vorstehenden Preise zu zahlen.

Regelschulbildungsausschuss Groß-Berlin. Für sämtliche Theaterbestellungen im Monat November wird ein Zuschlag von 10 M. erhoben. Die Preise werden gegeben, die Theater- und Opernfestivals für Dezember abzuholen. Am Bureau des Regelschulbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Et., Nummer 8 und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen sind noch Karten für folgende Veranstaltungen zu haben: Sonntag, den 19. November, nachmittags 3½ Uhr, im großen Saal der Harmonie, Bernburger Str. 23, Kammermusik. Leitung Herr Professor Schöten. Preis für die Einzelperson 30 M. Zentralkonzert: „Die Welt wird kommen“, von Romain Rolland, für den 1., 2. und 3. Dezember. Preis pro Karte 87 M. Weihnachtliche Mäul am 25. und 26. Dezember in der Alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße. Leitung Prof. Carl Habel, namhafte Solisten, die Liedabteilung und der Anbinder des staatlichen Instituts für Kirchenmusik. Preis für die Einzelperson 35 M. Verlosung von Kunstwerken, Keramiken und Bildern. Ziehung am 1. Dezember d. J. Los pro Stück 20 M.

Brech-Eher für die proletarischen Feiertage. Heute abend 7 Uhr tänzliche, Übungsstunde in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße 16/17. Zeit zum Requiem mitbringen.

Explosion in den Pfälzischen Pulverfabriken.

Eine schwere Explosion ereignete sich in den bei Schopp gelegenen Pfälzischen Pulverfabriken. Der zum Trocknen des Pulvers dienende Steinhausbau flog in die Luft und wurde vollständig zerstört. Auch die übrigen Fabrikanlagen erlitten mehr oder weniger schwere Beschädigungen. Da die Schicht schon längere Zeit beendet war, wurden Menschen weder getötet noch verletzt. Der Sachschaden ist jedoch sehr bedeutend. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß in der näheren und weiteren Umgebung, in Waldsiedelbach und Kaiserlautern, zahlreiche Fensterheben und Türen durch den Luftdruck zertrümmert wurden. Der Boden zitterte wie bei einem Erdbeben, und der Schall war bis in die Saarpfalz vernehmbar. Die Entstehungursache der Explosion ist noch nicht ermittelt.

Sport.

- Kennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 15. November.**
1. Rennen. 1. Gallus I (M.H. Freundt), 2. Prinz Rudolf (Lichtenfeld), 3. Doppelgänger (Neuens-Id). Toto: 38 : 10. Platz: 20, 21, 18 : 10. Ferner liefen: Wankeloh H., Glich I., Rosenknecht, Adler, Hoffnung I., Jodelo, Dr. Dingens, als 1. bisqu. 80 Pros. der Einlage zurück.
 2. Rennen. 1. Jemelon (Weiß), 2. Gawein (Lichtenfeld), 3. Rastfalter (Kohal). Toto: 49 : 10. Platz: 14, 14, 13 : 10. Ferner liefen: Rehner A., Gise H. I., Ring, Johanniseuer, Salkonskönigin, Raitkönigin I., Polla.
 3. Rennen. 1. Jahnner Woodline (Hedert), 2. Jung Berastied (Hm. Schlemmer), 3. Wihole (Reib). Toto: 17 : 10. Platz: 12, 20, 21 : 10. Ferner liefen: Albotros, Ditta L., Ewelme, Ita.
 4. Rennen. 1. Hädel (M.H. Freundt), 2. Wörbel (Wojmann), 3. Friedenswaare (Dahlauer Jr.). Toto: 51 : 10. Platz: 12, 12, 24 : 10. Ferner liefen: Abdullah Silber, Ludmilla I., Gzarella, Pontrelina, Bayde.
 5. Rennen. 1. Orceop I (Raupfer Jr.), Carl Kuler (Weidmüller), 3. Colonel Dillon (Weiß). Toto: 29 : 10. Platz: 12, 12, 16 : 10. Ferner liefen: Gahn, Josef, Jritzeil, Flora Bimant.
 6. Rennen. 1. Magowan (Darlleit), 2. Wittenlein (Weidmüller), 3. Donarhit (Rudnabel). Toto: 68 : 10. Platz: 19, 16, 23 : 10. Ferner liefen: Gerard W., Baron Waidt, Peter I., Lord Gaid, Duga.
 7. Rennen. 1. Languste (Hermann), 2. Deborad W. (Nürnberg), 3. Bombar (Reichl). Toto: 45 : 10. Platz: 21, 15 : 10. Ferner liefen: Preufa, Garino, Walff.
 8. Rennen. 1. Silbeter (Raupfer Jr.), Witten (Lichtenfeld), 3. Sigurd (Weidmüller). Toto: 16 : 10. Platz: 11, 15 : 10. Ferner liefen: Ubbina, Gradiska.

Briefkasten der Redaktion.

E. 50. Wenn Ihre Frau zur Alters- und Invalidenversicherung Karten gefordert, bei der Versicherungsanstalt Berlin, Am Köpenicker Park. — Gustav Schmeier, Groß-Berlin. Arbeiter-Erhilfenhand, Engelsufer 28.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ansehnend, Geschäft san. Fische ziemlich ansehnend, Geschäft rego. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft fest.

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 200—300 M., ohne Knochen 285—370 M. Schweinefleisch 400—625 M. Kalbfleisch 250—300 M. Hammelfleisch 225—350 M. Rindfleisch 1100—1300 M. Rindertalg 1000—1175 M. Schellfisch 90 bis 138 M. Dorsch 80—95 M. Flunders 70—105 M. Grüns Heringe 180 bis 195 M. in Eis: Karpfen 180—190 M. Schleie 150—165 M. Hechte 150—200 M. Lebende Barsche 200—220 M. Hechte 190—240 M. Eier 57—59 M. das Stück. Naturbutter 1250—1400 M. Margarine 900 bis 1000 M. Schweineschmalz 1840 M. Welzengries 200 M. Backobst: Birnen 160—180 M., Pflaumen 130—180 M., Gemischtes 150—250 M. Kartoffeln 75—80 M. zohn Pfund. Grünkohl 20 M. Rote Rüben 15 bis 16 M. Erbsen 25—40 M. Erbbsen 35—40 M. Tomaten 40—45 M.

Wirtschaft

Von den Produktenmärkten.

Die Kurschwankungen am Devisenmarkt, wie sie nach der letzten Aufwärtsbewegung des Dollars in den letzten Tagen zu beobachten waren, haben bewirkt, daß auf den Getreidemärkten die Reizung auf Lieferung zu späteren Terminen abzuschließen, im Schwinden ist. Man weiß nicht, was kommt und zieht es infolgedessen vor, nur die Mengen zu kaufen, die gerade notwendig sind. Es kommt noch hinzu, daß die mit den Preissteigerungen ständig größer werdenden Geldanforderungen einen Geldmangel gezeitigt haben, der diejenigen, welche Waren gebrauchen, zur Zurückhaltung veranlaßt. Das Angebot ist dadurch, daß die Erntearbeiten beendet sind, daß der Versand von Kartoffeln etwas nachzulassen beginnt, stärker geworden. Die Unsicherheit führte zu starken Preisschwankungen.

Für Weizen ist im Süden und Westen starke Begehr vorhanden gewesen, die später nachließ und sogar zu Rückkäufen führte. Im Roggenmarkt war starkes Angebot aus Händlertreibern zu beobachten, die sich reichlich mit Waren eingebekkt hatten und jetzt die Ungewißheit fürchtend es vorzogen, abzugeben, und zwar so billig abzugeben, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Mühlen darunter litt.

Am Roggen hat die Reichsgetreidestelle nach wie vor Bedarf. Sie kaufte, soweit der Devisenstand dies zuließ, aus dem Ausland. Am Inlandmarkt waren erhebliche Mengen vorhanden, so daß das Angebot zeitweise größer war als die Nachfrage, zumal sofort greifbare Ware in verhältnismäßig geringen Mengen Absatz fand.

Das Gerstengeschäft litt unter der Befürchtung, daß mit der ständig größer werdenden Verteuerung des Bieres ein Nachlassen des Konsums eintreten werde. Brauer und Mälzer zeigten in ihren Käufen Zurückhaltung.

Der Bedarf an Hafer ist immer noch sehr groß und die Ware, die an den Markt kommt, wird schlanke abgenommen. Als Futtermittel ist Hafer nicht sehr gesucht, dazu ist er zu teuer, wohl aber als Rohmaterial für die Herstellung von Nährprodukten.

Bei Mais ist dasselbe Bild zu konstatieren wie beim Weizen. Auch hier wurde von Händlertreibern billiger verkauft als das, was aus dem Ausland herinkam, gekauft wurde. Importeure, die erhebliche Mengen dieser Getreideart mit dem Ausland abgeschlossen hatten, veräußerten diese an das Ausland weiter, so daß die Ware erst gar nicht nach Deutschland kam.

Der Kartoffelmarkt stand in den letzten Tagen im Zeichen einer gewissen Stille. Der Konsum hat sich in diesem Jahre rechtzeitig mit Ware eingebekkt, so daß der Winterbedarf jetzt gering ist. Ueber die Qualität der Ware wird geklagt, man nimmt nießlich an, daß die Landwirte die beste Ware in die Mieten gebracht haben, was infolgedessen verständlich ist, als natürlich für die Einmietung die haltbarste Kartoffel genommen werden muß. Besonders die Größe der Kartoffel wird sehr stark bemängelt, es ist sehr viel kleine Ware nach Berlin gekommen. Die Preisentwicklung wird durch die nachfolgende Tabelle illustriert:

| | 28. Juni | 2. August | 2. November | 15. November |
|------------------------|-----------|-----------|-------------|--------------|
| 50 kg Weizen, märkisch | 840—875 | 1500—1535 | 11800—12100 | 12800—13200 |
| 50 kg Roggen, märkisch | 602—606 | 1240—1275 | 10500—10900 | 11600—11800 |
| 50 kg Sommerweizen | 720—750 | 1475—1525 | 10500—11000 | 12800—13000 |
| 50 kg Mais als Homid. | 592—596 | 1285 | 11500—11800 | 13500—13800 |
| 100 kg Weizenmehl | 2075—2200 | 2875—4050 | 32000—34000 | 37000—39500 |
| 100 kg Roggenmehl | 1820—1860 | 2500—3000 | 27000—30000 | 32000—34500 |

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Preisunterschiede gegen Monatsanfang nicht sehr erheblich sind. Gravadzu gewaltig aber ist der Unterschied gegenüber den früheren Monaten. U. S.

Der Reichswirtschaftsrat gegen Preistreiber.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Wirtschafts- und Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates geben die Mitglieder ihrer Genehmigung über die Note der deutschen Regierung vom 13. November an die Reparationskommission Ausdruck. Man war allgemein der Ansicht, daß die Zeit bis zur Entscheidung der Reparationskommission nicht unausgenutzt bleiben dürfe.

Ein Vorschlag, zur Stärkung der Mark kleinere Mittel banktechnischer Natur anzuwenden, wurde dem zuständigen Ausschuss überlassen. In der Besprechung über einen Vorschlag, den Preissteigerungen im Inlande nach Möglichkeit entgegenzutreten, wurde von Arbeitgeberern und Arbeitnehmern der Industrie und der freien Berufe hervorgehoben, daß die fortgesetzten Preissteigerungen für Urstoffe (Rohle) und Wertbestände für die Wirtschaft außerordentlich gefährlich seien. Auch die Arbeiter in den betreffenden Industrien müßten sich darüber klar sein, daß höhere Löhne dann keinen Vorteil bedeuten, wenn sie aus der Inflation bezahlt werden. Von anderer Seite wurde erwidert, daß die Hebung der Kaufkraft nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen könne. Ein Arbeiter habe heute im Durchschnitt kaum sechs Goldmark Wochenlohn. Von der Reichsregierung sollen Unterlagen für die finanziellen Ergebnisse und die wirtschaftliche Wirkung der Kohlensteuer eingefordert werden. In bezug auf die Örtlicherhöhung wurde vorgeschlagen, die neue Erhöhung bis zum 15. Dezember anzufchieben.

Ohne Widerspruch wurde eine Entschickung angenommen, in der die Reichsregierung und die maßgebenden Wirtschaftskreise gebeten werden, „in Anbetracht der schwebenden Währungsunterstützungs- und Stabilisierungsaktionen sofort Maßnahmen zu treffen, die eine gewaltsame Angleichung der Preise für die Urstoffe und Wertbestände an die Kurse für ausländische Wechsel zu verhindern geeignet sind“.

In einer Debatte über die Ernährungsfrage kam zum Ausdruck, daß im Hinblick auf die gute Kartoffelernte zu übergroßen Besorgnissen keine Veranlassung vorliegt.

Sünnes in der Margarineindustrie. Mit 30 Millionen Kapital wurden die Norddeutschen Deismühlenwerke in Hamburg zum Betriebe der Altonaer Margarinewerke Mohr u. Co. gegründet. Im Aufsichtsrat sind Hugo Stinnes und zwei seiner Söhne sowie die Darmstädter Bank vertreten.

Devisenturfe. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 186,58 Geld, 187,47 Brief; 1 japanischer Yen 8591 Geld, 8609 Brief; 1 brasilianischer Milreis 842 83 Geld, 847 12 Brief; 1 spanischer Pefeta 1129,06 Geld, 1135 34 Brief; 100 österr. Kronen abgest. 9,77 Geld, 9,88 Brief; 1 tschechische Krone 238,40 Geld, 239,40 Brief; 1 ungarische Krone 2,99 Geld, 3,01 Brief; 1 bulgarischer Lewa 52 11 Geld, 52 39 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 116,70 Geld, 117,30 Brief. — 100 Polenmark gelten im freien Verkehr etwa 47 Pt.

Wetter bis Freitag mittag. Kühl und zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, im östlichen Binnenlande noch einzelne leichte Niederschläge bei mäßigen nördlichen Winden.

Massary Belfit

edel wie der Name

Heimarbeiterinnen-Elend.

Von Gertrud Hanna.

Heimarbeit war von jeher diejenige Form der Warenherstellung, die die Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft am besten gestattete. Wo den auf Erwerbsarbeit angewiesenen Personen noch andere Arbeitsmöglichkeiten offenstanden und in den Berufen, wo Heimarbeit nicht die alleinige Form der Warenerzeugung bildete, boten die übrigen Arbeitsmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen der Werkstattarbeiter ein gewisses Gegengewicht und schränkten die Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Heimarbeit etwas ein. Ganz besonders schlimm bestellt um die Arbeitsbedingungen der Heimarbeiter war es deshalb in den Gebirgsgegenden, wo Heimarbeit nahezu die einzige Erwerbsquelle der auf Arbeitseinkommen angewiesenen Menschen, ganz besonders der Frauen, war. In jene Gegenden ist die Heimarbeit hineingetragen worden durch Einrichtungen, die gut gemeint waren und Gutes hätten wirken können, wenn die Urheber Verständnis für das Leben der beschlossenen Bevölkerung besaßen und die Faktoren gekannt hätten, die auf dem Arbeitsmarkt und auf die Arbeitsbedingungen einen Einfluß ausüben.

Unter welcher miserablen Bedingungen die Spinnstüplerinnen des Erzgebirges ihre kunstvollen Arbeiten herstellten, die auf dem Warenmarkt zu horrenden Preisen abgesetzt wurden, ist bekannt. Hier hat die öffentliche Meinung seit verhältnismäßig kurzer Zeit eine Aenderung zum Besseren herbeigeführt. Nicht bekannt aber dürfte sein, unter welcher unglaublich schlechten Bedingungen die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen schlesischer Gebirgsorte heute noch Arbeiten herstellen müssen, die als kunstgewerbliche Erzeugnisse zu hohen Preisen in die Welt hinausgehen.

In Hirschberg in Schlesien besteht eine Spinnstühle-Gründerin ist eine Fürstin v. Pleß. Die Schule ist als Wohlfahrtseinrichtung gedacht, um den unbemittelten Frauen Kenntnis in der Herstellung von Spinnen zu geben, die für zahlreiche Frauen jener Gebirgsorte nahezu die einzige Gelegenheit zur Erwerbsarbeit bilden. Es sind wahre Kunstwerke, die unter den fleißigen und geschickten Händen der Frauen entstehen: Spinnen und Ornamente aus allerfeinstem Garn, in Nähnarbeit mit der Hand hergestellt. Sie werden angefertigt im Auftrage der Spinnstühle, die nicht veräugt, in ihren Verkaufsstellen den Namen der Gründerin als Aushängeschild an hervorragender Stelle in Erscheinung treten zu lassen.

Für die unfählich mühevollen Arbeit, die mit volstem Recht Qualitätsarbeit genannt werden darf — und die von den Käufern als solche auch bezahlt werden muß — erhalten die Arbeiterinnen pro Stunde 3,50 M. (drei Mark fünfzig Pfennige). Dafür mühten sie bis vor wenigen Tagen aber noch das nötige Garn, das die Schule liefert, selbst bezahlen und auch den Stoff, der als Unterlage für die Arbeit dient und der höchstens drei- oder viermal benutzt werden kann. Erst seit sich eine Versammlung der Heimarbeiterinnen der Gegend mit den Arbeitsbedingungen beschäftigt hatte, wird für einige wenige Arbeiten ein Stundenlohn von 6 M. gezahlt und auch ein Teil des Materials selbst geliefert. Die Schule liefert das Material für die Arbeiten, das Eigentum der Schule bleibt und mit der fertigen Arbeit abgeliefert werden muß, so daß die Herstellerinnen der kunstgewerblichen Erzeugnisse vollständig in der Hand der Schule sind und niemals in die Lage kommen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten für eigene Rechnung zu verwenden.

Auf die begriffliche Frage, wie es denn nur möglich ist, bei so unangenehm niedrigen Entschädigungen für kunstvolle und mühselige Arbeit, für eine Bezahlung, die noch nicht einmal die Kosten für Licht oder Heizung deckt, Frauen zu finden, die die Arbeit leisten, erfolgte die Antwort: „Wir brauchen doch wenigstens ein paar Pfennige bares Geld, und andere Gelegenheit, Geld zu verdienen, haben wir doch nicht. Und so denken wir denn, im Dunkeln sitzen und frieren können wir mit unseren Kindern sowieso nicht und nehmen die wenigen Pfennige Verdienst als Zubuße zu dem Einkommen unserer Männer oder zu unserer Hinterbliebenenrente mit, in der Hoffnung, daß es auch für uns einmal besser werden wird. Gemacht würde die Arbeit übrigens auch ohne uns werden. Es gibt hier so viele Frauen des Bürgertums, die sich etwas Geld nebenher verdienen wollen, und die uns die einzige Gelegenheit, Geld zu verdienen, wegnehmen würden, wenn wir uns weigerten, die Arbeiten zu leisten.“

Die gleiche Erklärung gaben auch die Frauen ab, die für den Verein „Hausfleiß“ arbeiten, der in Warmbrunn seinen Sitz hat und der die in seinem Auftrage hergestellten Gegenstände kunstgewerblicher Art zu einem DurchschnittsStundenlohn von 5 (fünf) Mark in der Heimarbeit herstellen läßt. Für manche Arbeiten muß bei dieser Bezahlung auch noch der Entwurf für die Arbeiten geliefert werden.

Auch der Verein „Hausfleiß“ ist eine Wohlfahrtseinrichtung. In seinem Verkaufsraum in Warmbrunn,

der mit einer Ausstellung verbunden ist, prangen auf Tafeln rechts und links vom Eingange die Namen der Gründer des Vereins, der Stifter des Hauses und der Protoktoren. Gründer dieses Unternehmens ist ein Reichsgraf Schaffgotsch. Zu den Protoktoren zählt neben Geheimen Kommerzienräten bzw. ihren Frauen auch die Handelskammer des dortigen Bezirks. Sollten diese Leute nichts von den Bedingungen wissen, zu denen die Erzeugnisse kunstgewerblichen Könnens hergestellt werden? Oder sind alle diese Männer und Frauen — und auch die Handelskammer — der Meinung, eine Heimarbeiterin bekommt Brot und Kartoffeln und Kohlen und Kleidung zu billigeren Preisen als sie selber? Der Verkaufs-

POSTABONNENTEN

können den „Vorwärts“ monatlich bestellen und bezahlen. Wer auch im nächsten Monat Wer. auf eine regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ legt und eine Unterbrechung in der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges in den Tagen vom 15. bis 20. d. M. bei dem zuständigen Postamt vornehmen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

raum der Spinnstühle bildet übrigens auch die Niederlage für die Erzeugnisse des Vereins „Hausfleiß“. Beide Stellen unterscheiden sich mit ihren Preisen durchaus nicht von den Preisen anderer Geschäfte die keinen Anspruch darauf erheben, Wohlfahrtseinrichtungen zu sein.

Erwähnt zu werden verdient auch, daß der genannte Stundenlohn für die Herstellung von Spinnen unter Mitwirkung des auf Grund des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 gebildeten Sachausschusses festgestellt worden ist, ein Beweis dafür, wie notwendig die schleunige Verabschiedung des jetzt vorliegenden Entwurfs zur Abänderung des Hausarbeitsgesetzes ist, der eine Erweiterung der Befugnisse der Sachausschüsse bringt und eine andere Zusammenlegung vorsieht.

Daß die mit den Verhältnissen Vertrauten durchgreifende Besserung des Elends der Heimarbeiterinnen durch die Sachausschüsse, wie sie in der Vorlage zur Abänderung des Hausarbeitsgesetzes vorgesehen sind und wie sie von den Arbeiterorganisationen gefordert werden, nicht erwarten, braucht wohl nur nebenbei erwähnt zu werden. Trotzdem sind die geplanten Sachausschüsse nicht zu entbehren zur Beseitigung der schlimmsten Schäden in der Heimarbeit. Durchgreifende Aenderung kann natürlich nur die Organisation der Heimarbeiterchaft bringen. Wo aber sind die Heimarbeiter — und namentlich die Heimarbeiterinnen — gut organisiert? In den Gegenden, wo die Organisation ganz besonders nötig wäre, ist von Organisation fast ausnahmslos keine Rede. Die Menschen sind ja dort auch zu arm, um selbst den geringsten Beitrag für die Organisation aufbringen zu können. Wenigstens ist ihr geringes Einkommen ein starkes Hindernis für den Anschluß an eine Organisation. Dazu kommt dann noch die große Abhängigkeit vom Auftraggeber, die ihre Bewegungsfreiheit und ihre Entschlußkraft hemmt. In dem geschilderten Falle sind es Damen der sogenannten Gesellschaft, die in der Regel noch weit weniger begreifen können als gewerbliche Unternehmer, daß die Arbeitnehmer ein Recht ausüben und eine sittliche Pflicht gegen sich und ihre Familienangehörigen und gegen die Gesamtheit erfüllen, wenn sie sich organisieren, sondern immer noch in der Anschauung leben, diejenigen, die Arbeit aus ihren Händen in Empfang nehmen, müssen dankbar sein und dürfen nicht als Fordernde zu ihnen kommen.

Heute und für absehbare Zeit müssen wir leider damit rechnen, daß sich die Zahl derjenigen Frauen erheblich vermehren wird, die Heimarbeit aus wirklichen und vermeintlichen Wohlfahrtseinrichtungen erhalten. In den Städten und auf dem Lande entstehen solche Einrichtungen unter dem Namen „zur Förderung des Hausfleißes“, „Frauenhilfe“ und ähnlich. Die immer stärker werdende Notwendigkeit für zahlreiche Frauen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten, zur Bestreitung der Kosten ihres Lebensunterhalts Geld zu erwerben, und weiter die Notwendigkeit, Gebrauchsgüter und Dinge, die zur Erhöhung der Behaglichkeit und der Freude am Leben beitragen, selber herzustellen und alles vorhandene Material auszunutzen, sind die Triebfeder dazu. Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß derartige Einrichtungen selten mehr bieten können als willkommene Gelegenheiten zur Förderung weiblicher Handfertigkeiten für den Eigenbedarf. Ein Mittel zur Erwerbung des Lebensunterhalts bieten sie nur für einen verschwindend kleinen Kreis hervorragender geschickter Menschen, und in der Regel auch dann nur, wenn sich Geschicklichkeit mit Geschäftssinn paart. Es gehört ein großes Teil Rarität dazu, wenn selbst

in Arbeiterblättern immer wieder hervorgehoben wird, daß derartige Einrichtungen Gelegenheit zu bequemem und gutem Verdienst geben. Leider bieten sie fast ausnahmslos Gelegenheit zur Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft, wenn diese auch nicht immer so kraft in Erscheinung tritt wie in den geschilderten Fällen.

Mögen deshalb diese Zeilen dazu beitragen, bei allen, die auf die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes zur Abänderung des Hausarbeitsgesetzes Einfluß ausüben können, den Entschluß zu stärken, die Verabschiedung zu beschleunigen und dahin zu wirken, daß diesmal doch gewisse Garantien zur Beseitigung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch Heimarbeit damit verbunden sind.

Mögen diese Zeilen ferner dazu beitragen, die organisierte Arbeiterchaft an die bisher vernachlässigte Pflicht zu erinnern, die ihnen wiederholt durch einstimmig gefasste Beschlüsse von Gemertschafstagen auferlegt worden ist, an die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre mit Heimarbeit beschäftigten Familienangehörigen sich den zuständigen Organisationen anschließen. Es ist hohe Zeit, daß diese Pflicht endlich erfüllt wird.

Groß-Berliner Parteinahrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

1. Kreis, Friedrichshain. Wohnung, Elternbeirat! Die zu heute einberufene Vollversammlung findet umhänkebarer nicht statt. Schließaktus. Der nächste Auswahabend findet Freitag, den 17. November, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt.
2. Kreis, Wedding. Elternbeirat der Vereinigten Sozialdemokratie. Freitag, den 17. d. M., 7 Uhr, bei Hochheim, Panstr. 22, wichtige Besprechung. Jede Schule muß vertreten sein.
3. Kreis, Neukölln. Sämtliche SED-Mitglieder der Wohlfahrts- und Jugendkommission Freitag, den 17. November, 7 Uhr, Sitzung in der Aula der Anaben-Mittelschule, Donaustr. 6, Vortrag des Gen. Schneider.
4. Kreis, Treptow, den 17. d. M., 7 Uhr, Sitzung aller im Bildungsausschüsse tätigen Gruppen im Verwaltungsgedäude, Reindensdorf, Hauptstr. 45, 1. Zimmer 55.

Heute, Donnerstag, den 16. November:

10. und 11. Uhr. Konsumgüterabteilung der 1. und 2. Verkaufsstelle 7 1/2 Uhr Schulaula Genselbergr. 6, Wahlen zum Genossenschaftsrat.
12. Uhr. Die Wahlen zur Konsumgüterabteilung sind sofort abzuwickeln. Außerdem haben sämtliche Bezirksleiter ihre Sammelstellen usw. vom Kolonnen Gen. Sen. Besucht. 26, besichtigt abzuholen.
13. Uhr. 7 1/2 Uhr Auserst wichtige Sitzung der Elternbeiräte und Kandidaten bei Güte, Bergmannstr. 68.
14. Uhr. 1 Uhr im Parteibüro Jähobend. Wichtige Besprechung. Gruppe Eichen beteiligt sich an der Veranstaltung der sog. Arbeiterjugend in Reuthaus, Kaiser-Friedrich-Kolonnaden. Ref. Genosse Weidhol über: „Arbeits- und Arbeitsjugend“. — Gruppe Friedrichshain. 7 1/2 Uhr Gemeindeführer Straßmannstr. 6, Vortrag des Genossen Hoffmann über: „Die Arbeiterjugend“.

Morgen, Freitag, den 17. November:

15. Uhr. 6 1/2 Uhr treffen sich die Kinder, die an der Weihnachtsgeschichte teilnehmen wollen, in der Schule Genselbergr. Weihnachtsgeschichtensitzung findet nicht statt. Konsumgüter abwickeln.
16. Uhr. 7 Uhr Sitzung der Jugendkommission bei Tier, Hauptstr. 9.
17. Uhr. 7 Uhr Sitzung der Konsumgüterabteilung bei Tier, Hauptstr. 9.
18. Uhr. 7 Uhr Sitzung der Konsumgüterabteilung bei Tier, Hauptstr. 9.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

14. Kreis, Neukölln. Heute abend findet in der Aula des Kaiser-Friedrich-Kolonnaden, Kaiser-Friedrich-Str. 6, eine Verabschiedung statt. Vortrag: „Arbeits- und Arbeitsjugend“. Ref. Genosse Weidhol über: „Arbeits- und Arbeitsjugend“. — Gruppe Friedrichshain. 7 1/2 Uhr Gemeindeführer Straßmannstr. 6, Vortrag des Genossen Hoffmann über: „Die Arbeiterjugend“.
- Der Dreiwöchliche für Jugendhilfe, Neukölln, veranstaltet am Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr, in der Aula der Reindensdorf eine Filmvorführung. Zur Beschaffung gelangt: „Schonungslos. Einmalige Eintritte“. Eintrittskarten zum Preis von 10 M. für Jugendliche und 15 M. für Erwachsene sind am Eingang zu haben.

Heute, Donnerstag, den 16. November:

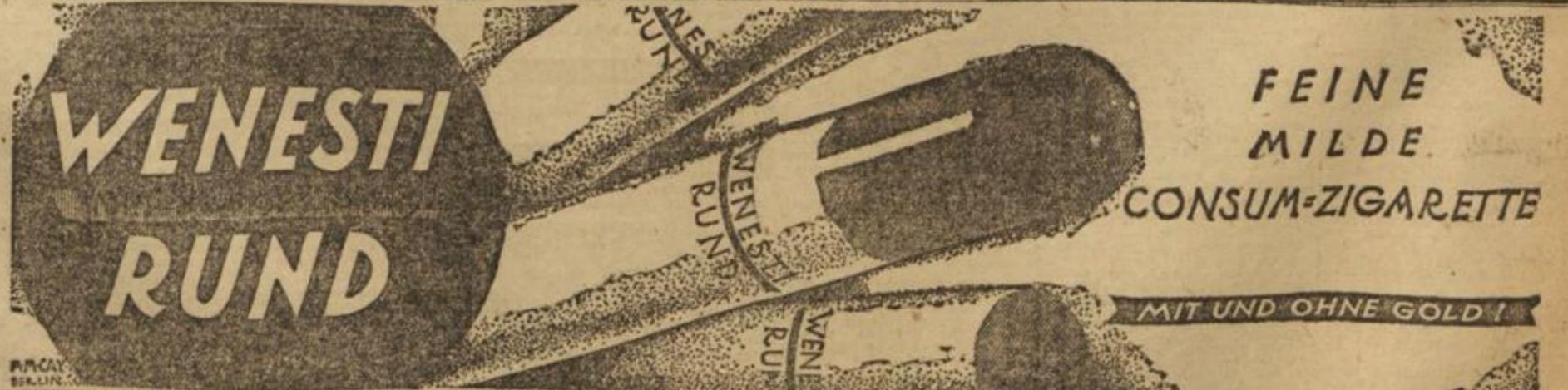
19. Kreis, I. Jugendheim Mäntener Str. 22, Vortrag: „Der Bekehrung im Mittelalter“. — Rosenhainer Vorstadt. Jugendheim Gemeindeführer Straßmannstr. 6, Vortrag: „Die Geschichte der Erde“. — Reindensdorf. Jugendheim Gemeindeführer Straßmannstr. 6, Vortrag: „Arbeits- und Arbeitsjugend“. — Reindensdorf. Jugendheim Gemeindeführer Straßmannstr. 6, Vortrag: „Arbeits- und Arbeitsjugend“.

Frühere Sozialistische Proletarierjugend.

20. Kreis, den 17. November, abends 8 Uhr, findet zur Abwicklung der Geschäfte eine Zentralvorversammlung statt. Alle Vorstände und Kassierer müssen unbedingt erscheinen. Mitgliederlisten und Bücher sind mitzubringen. Wertschätzung der Gelder vom Hauptauswah für Arbeitsbedingungen. Das Protokoll wird noch bekanntgegeben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Gemeinschaft proletarischer Arbeiter. Versammlungen für alle aus der Reihe Ausgewählten. 3. Bezirk, Wedding. Donnerstag, 16. November, abends 7 1/2 Uhr, Gemeindeführer Straßmannstr. 6, Bezirk, 60. Freitag, 17. November, abends 7 1/2 Uhr, Gemeindeführer Straßmannstr. 6, Bezirk, 60.
- Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 16. November, 14 Uhr, öffentliche Jugendversammlung in der Schulaula Dresdener Str. 113, Nähe Moritz- und Odenwald. Thema: „Jugend, erlaube dir dein Glück“. Ref. Genosse Herbert Reindensdorf, Berlin. Preis 10 Pfennige.
- Landvolkliche Sozialistische Genossenschaft, Abteilung Neukölln. Freitag, den 17. November, 7 1/2 Uhr, große öffentliche Volksgesammlungen in der Aula des Reindensdorf, Berliner Str. 10 in Reuthaus. Thema: „38 der Sozialismus eine Religion?“. Ref. Gen. Vortier Dieler.



Gegen Grippe und Schnupfen hilft Goldfarb's Gesundheitsstabak

